

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

239 (13.10.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M. monatlich. — Einzelheft 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Kuffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.40 M. Die Reklamezeile 4.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Völkerbund zerreißt Oberschlesien

Die Freveltat des Völkerbundes gegen Oberschlesien und Deutschland ist verübt — Oberschlesien in zwei Teile auseinandergerissen — Der Völkerbund mißhandelt deutsche und europäische Interessen, nimmt die Frankreichs und Polens war — Einigkeit der Entente über den Völkerbundsstreich

Genf, 12. Okt. Das Völkerbundssekretariat gab heute abend folgende Mitteilung aus, in der die für die Lösung der Oberschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß allerdings über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden: Der Völkerbundrat hat seine Arbeiten über die Festschreibung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, amtierenden Präsidenten des Obersten Rates die Antwort des Völkerbundsrats auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des Oberschlesischen Problems Beistand zu leisten.

Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmung des Vertrages der Völkerbundrat sowohl die in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage des Landes in Betracht ziehen.

Die erste Schwierigkeit ergab sich dadurch, daß die Bewohner, welche für Deutschland gestimmt hatten, und die Bewohner, die für Polen gestimmt hatten, eng miteinander vermischt waren. Das Verhältnis ist zwar veränderlich, aber stets beträchtlich in den betreffenden Teilen des Gebietes, sowohl in geographischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es war unmöglich, eine Grenze anzufinden, die nicht eine gewisse Anzahl von Personen, die für Deutschland gestimmt hatten, in polnischem Gebiet belies und ebenso eine Anzahl von Personen, die für Polen gestimmt hatten, in deutsches Gebiet eingeschlossen hätte. Dem Rat blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu unternehmen, diesen Fall auf ein Minimum zu reduzieren. Das tat er durch folgende Maßnahmen, die man die Grenzführung so genau wie möglich den Ergebnissen der Volksabstimmung anpaßte.

Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerstückelt, die industriell eng miteinander verbunden sind, in polnischem Gebiet und ebenso Gebiete, die sich wirtschaftlich unter denselben politischen und industriellen Bedingungen entwickelt hatten, müßte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollsten Folgen haben. Das wäre auch sicher der Fall gewesen, wenn die Grenze der Errichtung einer neuen Zollschranke, die Aufhebung der öffentlichen Betriebe, wie der Wasserwerke, den Umlauf deutschen Geldes, das Zutritt einer neuen Bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnten unmöglich nur durch leichte Veränderung einer einzig aufgrund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. Es gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder der anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht überaus genaues Ergebnis ergab. Selbst wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht aufgrund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aus den eng miteinander verknüpften Wirtschaftskreisen zerhackt werden. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber: Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerhackt, würde die Hoffnung und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichten haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnung und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Langwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angivoller Ungewissheit über ihr politisches Schicksal ließen, hatten diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt.

Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat daher zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Staatsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Frankreichs, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem man einfach eine Grenzlinie aufstellt, entweder ausschließlich aufgrund der Volksabstimmung, oder aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen, oder infolge eines Ausgleiches zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu verhängnisvollsten Ergebnissen gelangt. Infolgedessen beschloß der Viererrat nach gründlichem Studium eine neue Grenzlinie zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Verletzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lang genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen. Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen Wirtschaftsbestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, von denen sie ernannt wurden. Sie wurden von den vier Staatsmitgliedern aufgeführt, die allgemeinen Maßnahmen zu untersuchen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken könnten. Die Projekte, in denen die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen verschiedene lange Perioden, in gewissen Fällen für 15 Jahre eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf eine unparteiische und gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohle und Zink, die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten. Der Rat schloß gleichzeitig mit der Annahme dieser Projekte Garantien für die politischen Interessen vor, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer

politischen Grenzführung erblickt. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren, und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens ihres Landes zu sichern.

Die mutmaßliche neue Grenze

Paris, 12. Okt. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit, die Grenzlinie Oberschlesiens, die der Völkerbundrat vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pleß insgesamt und Kattowitz zum größten Teil. 2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder verteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Bedens, Gleiwitz und Hindenburg, Hindenburg sowie Butten- und Kattowitz-Stadt. Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Land. 3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Zarnowitz und Lublinitz werden in ihrem östlichen Teil Polen und in ihrem westlichen Teil Deutschland zugesprochen. 4. Deutschland behält die anderen ober-schlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Rosenburg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strehlitz, Posen, Kofel, Ober-Glogau, Böbich und Ratibor. Was das für Oberschlesien vom Völkerbundrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betreffe, glaubt der Genfer Korrespondent des „Temps“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereitet und in den letzten Tagen dem Völkerbundrat stark beschäftigt hätten. Man dürfe so viel sagen, daß eine Kommission die Aufgabe haben würde, den Verkehr, die Wasserversorgung und die anderen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen verlängert werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstelle.

Energetische Proteste der Oberschlesier

Brüssel, 12. Okt. Die vereinigten Verbände heimatischer Oberschlesier richteten an den Völkerbundrat einen Fernschreiben, worin sie schärfsten gegen jeden Versuch, einen Teil der ober-schlesischen Heimat zu Polen zu schlagen, protestieren und erklären, eine solche Entscheidung würde in schärfstem Widerspruch zu den 14 Punkten Wilsons stehen. Im Vertrauen auf diese letzte deutsche Volk 1918 die Waffen nieder. Ausdrücklich aber weist Wilson Polen nur die Gebiete mit zweifellos polnischer Bevölkerung zu. Oberschlesien aber hat, wie heute allgemein bekannt ist, keine unbefristete polnische Bevölkerung. Es wäre ein Bruch des Versailler Friedensbittats, wenn Oberschlesien nicht ganz und bald Deutschland zurückgegeben werden würde. Das Friedensbittat bestimmt weiter ausdrücklich, daß die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen. Es sei ganz einwandfrei, daß Oberschlesien eine geographische und wirtschaftliche Einheit in Verbindung mit dem übrigen Deutschland bilde und daß eine Zerstückung Oberschlesiens den wirtschaftlichen Tod zur Folge hätte, ein selbst von den Polen ausgesprochenes Bekenntnis. Nie und nimmer werden wir uns durch politischen Schacher verkaufen lassen. Von

Deutschland aber verlangen wir, daß es die Reparationspflichten nur dann erfüllt, wenn das deutsche Recht beachtet wird. — Schnelle Zurückgabe der Vereinigung an Lloyd George, Pershing, Bonomi und Nitzi. Lloyd George wird besonders an seinen fair play-Standpunkt erinnert.

Der Protest des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Zerstückung Oberschlesiens

Berlin, 12. Okt. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring, der deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der deutsche Gewerkschaftsbund und der deutsche Beamtenbund haben an den Völkerbundrat, Lloyd George und Briand Telegramme gerichtet, in denen sie gegen die Zerstückung Oberschlesiens schärfsten Einspruch erheben. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsteile von Deutschland mache die Durchführung des Reparationsprogramms unmöglich. Eine Zerstückung Oberschlesiens stehe auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis und Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheblich gebietetisch die Belastung Oberschlesiens bei Deutschland.

England und die Genfer Entscheidung

Aus dem Haag, 13. Okt. Ueber den Hergang des Entschlusses in Genf bernimmt der Korrespondent des „Danbelsblad“, daß es sich jetzt herausstellt, daß auch diesmal England im letzten Augenblick umgefallen sei und dadurch dieses für Deutschland ungünstige Ergebnis herbeigeführt hat. Aus diplomatischen Kreisen wird berichtet, daß Frankreich in Genf bemüht war, Japan und Spanien durch Konzessionen auf seine Seite zu bringen.

England zeigt Deutschland die kalte Schulter

London, 12. Okt. Der deutsche Botschafter Dr. Schaumaner begab sich sofort nach seiner Rückkehr nach London zu Lord Curzon und bat ihn, in der ober-schlesischen Frage zu intervenieren. Lord Curzon erwiderte, daß England in dieser Angelegenheit nur eine Pflicht habe, die Ausführung der Entscheidung des Völkerbundsrats zu sichern.

Die ersten Wirkungen des Völkerbundsstreiches — Weiterer Sturz der deutschen Mark

Berlin, 12. Okt. Die ungünstige Nachricht über Oberschlesien und die kritische innerpolitische Lage haben an der Börse zu einer neuen außerordentlich starken Steigerung der fremden Devisenkurse geführt. Da diese Bewegung heute nicht mehr durch Abgaben der Reichsbank und der Spekulation gekennzeichnet wurde, erreichte der Dollar einen erneuten Rekord von 133, der sich nach Schluß der amtlichen Devisenfeststellung allerdings wieder leicht bis auf 132% abschwächte.

Zusammentritt des Reichstags

Berlin, 13. Okt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Plenum des Reichstages zu Beginn der nächsten Woche wahrscheinlich am Dienstag zusammentreten soll.

Weitere Nachrichten siehe Seite 6.

Die Sitzungen des Reichskabinetts — Dr. Wirth soll Reichskanzler bleiben

Berlin, 12. Okt. Das Reichskabinetts hat sich heute morgen 9 1/2 Uhr wieder versammelt. Seit der Rückkehr des Reichskanzlers ist dies bereits die vierte Sitzung. Schon dieser Umstand kennzeichnet die schwierige Lage, in der sich die Reichsregierung befindet. Die von einem Teil der Minister vertretenen Ansicht, daß man noch bevor eine offizielle Nachricht über die Genfer Entscheidung vorliege für den Fall einer Zerstückung Oberschlesiens den Rücktritt des Kabinetts beschließen solle, ist nicht durchgedrungen. Von selten der Sozialdemokraten und ebenso von Kreisen, die dem Reichskanzler sehr nahe stehen, wird vor Ueberstürzung gewarnt. Die Meinung in der Zentrumsfraktion zu der Frage des Rücktritts der Regierung ist noch nicht geklärt. Die Sitzung des für heute vormittags einberufenen Auswärtigen Ausschusses ist vertagt worden. Der Reichstag wird, wenn sich die Meldungen vom dem kaisrigen Schicksal Oberschlesiens tatsächlich bestätigen sollten, alsbald zusammentreten.

Berlin, 12. Okt. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundrat in Genf, inwiefern sich aus den unüberprüften Nachrichten ergeben lasse, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise verfügt hat, die weder der durch die Abstimmung klar zu Tage getretenen Willensäußerung der ober-schlesischen Bevölkerung noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treten diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitskräften und Kulturgütern von deutschem Fleiß

und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reich getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergrößerung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwürfe, sondern unablässige Bemühungen und Zwangsmaßnahmen würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilvolle Wunde geschlagen werden. Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler, falls die Entscheidung so ausfällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigen, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat. Die abschließende Entscheidung wird das Kabinetts erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellt dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Berlin, 13. Okt. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde in Abwesenheit des Reichspräsidenten einstimmig beschlossen, daß Reichskanzler Dr. Wirth, sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, ebenfalls mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werde. Eine endgültige Stellungnahme zum Rücktritt erfolgt erst nach Eintreffen der offiziellen Nachrichten über Oberschlesien. Der Reichskanzler wird wahrscheinlich heute oder morgen sich mit den Parteiführern in Verbindung setzen. Es besteht nach wie vor der Wunsch zu enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei.

Erbärmliche Komödie und schamloser Raub

Der Glaube an die Gerechtigkeit der Sieger im Weltkriege, die von diesen bis zur Ermüdung oft der Welt feierlich versündigt worden ist, besteht nirgends mehr, weder in Deutschland noch in anderen Ländern.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles sollte die Zukunft Oberschlesiens, seine staatliche Zugehörigkeit, durch eine Volksabstimmung nach dem Willensausdruck des obereschlesischen Volkes selbst entschieden werden. Zu Anfang dieses Jahres hat diese Volksbefragung stattgefunden. Trotzdem unter der Herrschaft des französischen Generals Le Rond und der ausgesprochen vollenkommen französischen Kreisontrollen den Polen alle Vorteile und den Deutschen alle nur erdenklichen Schwierigkeiten gemacht wurden, trotzdem dem polnischen Terror fast uneingeschränkte Handlungsfreiheit gewährt worden war, trotzdem ein großer Teil der deutschen Wähler mit Hilfe eines raffinierten Wahlreglements an der Stimmabgabe gehindert war, ist eine runde Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht worden, die sich für ein Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reich aussprach.

Nach diesem Abstimmungsresultat wäre eine sofortige Lösung der obereschlesischen Frage zugunsten Deutschlands möglich gewesen. In den anderen Abstimmungsgebieten, in Nordschleswig und in Ost- und Westpreußen, ist unmittelbar nach der Feststellung des Abstimmungsresultats die interalliierte Besetzung und Verwaltung aufgehoben und das betreffende Gebiet der Staatshoheit übergeben worden, zu deren Gunsten die Abstimmung entschieden hat. In Oberschlesien ist anders gehandelt worden.

Die französischen Völker des Herrn Korfanti hatten den Polen bestimmte Zusicherungen bezüglich Oberschlesiens gemacht, deren glatte Erfüllung nunmehr durch das Abstimmungsresultat verhindert worden war. Unter der Oberkontrolle des französischen Militärs wurde in Oberschlesien ein polnischer Aufbruch organisiert und unter Duldung der Franzosen gegen die deutsche Bevölkerung und selbst gegen die italienischen Sicherheitstruppen durchgeführt, um Oberschlesien mit Gewalt aus dem deutschen Staatsverband zu reißen und dem bankrotten Polen einzuberleihen. Sogar geschlossene Truppenverbände des polnischen Staates durften unter den Augen der Franzosen und unter deren Befehl gegen die deutsche Bevölkerung einen barbarischen Kriegszug unternehmen. In die Geschichte Oberschlesiens steht mit Blut und Tränen die unermeßliche Fülle deutschen Lebens und die Schmach der führenden Kräfte aus dem Entente-Lager eingeschrieben.

Am Oberschlesien vor dem Ruin, Europa vor einer noch schwereren wirtschaftlichen Zerrüttung und die obereschlesische Bevölkerung vor weiteren grausamen Opfern zu bewahren, hat die deutsche Regierung Anfang Mai dieses Jahres das Londoner Ultimatum angenommen und sich dabei die ungeheure Last von Hunderten von Milliarden Zahlungsverpflichtungen in Goldmark auferlegt. Dabei hat sie ausgesprochen, daß die notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit größerer dauernder Leistungen und des Wiederaufbaues der Kriegsgebiete von der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und von der schnellsten Lösung der obereschlesischen Frage zugunsten Deutschlands abhängig sei. England ließ durch den Mund Lloyd Georges kurze Zeit darauf sein Einverständnis mit dieser deutschen Anschauung aussprechen, das dieser kurz dahin zusammenfaßte, Deutschland gegenüber werde „fair play“, also „ehrliches Spiel“ gespielt werden.

Man hat sich aber nicht geschaut, wie schon so oft, vor der Welt durch die Tat das Gegenteil dieses Versprechens zu bezeugen. Mit Deutschland, das willig das Londoner Diktat auf sich nahm und das bisher pünktlich seine Verpflichtungen daraus erfüllt hat, ist weiterhin ein ausgesprochen unehrliches Spiel getrieben worden. Die wirtschaftlichen Sanktionen wurden ebensowenig aufgehoben wie die militärischen und ebensowenig, wie die obereschlesische Frage geregelt wurde.

Unter dem Druck der enttäuschten öffentlichen Weltmeinung trat dann am 9. August der Oberste Rat zusammen, um die Sanktionen aufzuheben und Oberschlesien und Deutschland Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen. Das einzige, das erreicht wurde, war das Versprechen, bis zum 15. September die Zollgrenze am Rhein zu beseitigen. Und auch dieses Ver-

sprechen wurde nicht gehalten. Erst jetzt ist die Zollgrenze endlich beseitigt worden. Das Rheinland kann wieder in ungehemmte wirtschaftliche Verbindung mit dem Mutterlande treten. Aber die militärischen Sanktionen bleiben nach wie vor bestehen, und Deutschland hat nach wie vor außer den 120 Milliarden Mark jährlicher Besatzungskosten für das Rheinland

(pro Kopf der Bevölkerung jährlich 2000 Mark), die Besatzungskosten für die zahlreiche fremde Soldateska in Mülheim und Duisburg-Ruhrort, zu tragen. Ganz abgesehen von den Schifanen und Freiheitsbeeinträchtigungen gegen Deutsche, die unausgesprochen neuen Maß sein müssen.

Die obereschlesische Frage wurde vom Obersten Rat unter offenem Verheimlichen seiner Ohnmacht an den Völkerbund verwiesen.

In Genf ist jedoch die Versammlung des im Unrecht des Versailler Vertrags veranfaßten Dummparlamentes eines sogenannten Völkerbundes zu Ende geführt worden. Die obereschlesische Frage, die den wichtigsten der positiven Verhandlungsgegenstände des Völkerbundes bilden sollte, ist abermals nicht gelöst worden. 30 geschlagene Tage hat man in Genf aneinander vorbeigeredet, und keiner hat gewagt, den Stier bei den Hörnern zu fassen, Gerechtigkeit für Oberschlesien zu erzwingen und den Begriff eines neuen Völkerrechts von dem Schmutz brutaler Willkür machtkrunkener Sieger gegen ein wehrloses Land und gegen Millionen gepeinigter Menschen zu reinigen.

In der Mantelnote Clemenceaus vom 16. Juli 1919 ist die Abstimmungsfrage ausdrücklich wie folgt formuliert: „... ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden solle“.

Eine deutlichere Formulierung, daß die Abstimmung das obereschlesische Gebiet ungeteilt zu Deutschland oder zu Polen schlagen würde, kann es nicht geben. Allerdings rechneten damals die Franzosen damit, daß sich eine glatte Mehrheit zugunsten Polens bei der Abstimmung ergeben werde.

Nach dem Friedensvertrag fällt die Entscheidung über Oberschlesien dem Obersten Rat zu. Dieser hat am 9. August die Frage dem Völkerbund hingewiesen, um von diesem ein für die Entscheidung gültiges Gutachten zu bekommen.

Der frühere juristische Berater des amerikanischen Staatsdepartements, Miller, hat in einem Rechtsgutachten zur obereschlesischen Frage geäußert: „Es kann keinerlei stichhaltiges Argument zugunsten einer Teilung Oberschlesiens beigebracht werden“ und hat abschließend gesagt: „daß nach Recht, Gerechtigkeit und Geseß Deutschland unzweifelbar berechtigt ist, die Gesamtheit der Abstimmungszone in Oberschlesien als integralen Teil des deutschen Territoriums zu behalten, und ich bin der Überzeugung, daß das Gutachten des Völkerbundesrats an den Obersten Rat der Alliierten dementsprechend ausfallen müßte.“ Miller hat leider Unrecht behalten. In Oberschlesien leiden aber immer noch Hunderttausende von deutschen Arbeitern mit ihren Familien. Für sie ist die ganze blühende Völkerbundsarbeit in Genf eine neue Enttäuschung, eine neue Komödie gewesen.

Dr. Helfferich der Verderber Deutschlands

Die Deutschnationale Volkspartei hielt im Palmengarten-Saal in Frankfurt ihren Parteitag für Hessen-Kassau ab. Die Zeitung der Tagung lag in Händen des Landesvorstehenden Reichstagsabg. Dr. Helfferich hielt eine Rede, in der er ausführte:

Scheidemann hat sich unterstanden zu sagen, ich hätte die Atmosphäre des Hasses, in der der Wort an Erzberger entstanden ist, geschaffen. Ich bin aber gerade durch den Wort an Erzberger auf das schwerste betroffen. Ich habe Erzberger bekämpft, weil er ein Schlingel war. Ich versuchte zunächst durch Fühlungnahme mit der Regierung Erzberger auszuscheiden. Weil aber nichts von der Regierung aus geschah, mußte ich den Kampf gegen ihn führen. Ich habe dabei alle unläuteren Kampfmittel vermieden und den Schwanz, den man mir angetragen hat, auf die Seite geworfen. Der Reichstanzler hätte die Verpflichtung gehabt, nach dem Wort an Erzberger Del auf die Bogen zu gießen, statt dessen hat er Del ins Feuer gegossen. Wenn Dr. Birch fortwährend von christlicher Liebe und deutscher Weiblichkeit spricht, so haben seine Handlungen nichts mit dem zu tun. Wenn eine Regierungskoalition zustande kommt, auch ohne uns, die eine Wendung zum Besseren gibt, freuen wir uns. Wenn die Deutsche Volkspartei zur Koalition geht, werden wir ihr keine Knäpfe zwischen die Beine werfen, aber wir fürchten, daß die Deutsche Volkspartei den weiteren Zug nach links nicht verhindern kann.

Die Dreifigkeit Helfferichs ist beinahe bewundernswert. Treue, Ehrlichkeit! Darauf ist seine Politik und seine Laufbahn eingestellt. Daß ein Mensch, der sich am deutschen Volk in solch ungeheurer Weise vergangen hat, überhaupt noch von einer Partei ins Treffen geschickt wird, zeigt die politische Verwahrlosung der Deutschnationalen. Der Wort an Erzberger wird an Helfferich hängen, wie immer er sich auch drehen und wenden mag.

Der Münchener Verschönererjumpf

Der Mörder von Garais entlarvt?

München, 12. Okt. Die Zeitung der bayerischen Sozialdemokratie hat das Ziel gesetzt, in den nächsten Tagen unter enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden den durch das System Raab-Roth geschaffenen Verschönererjumpf auszuräumen. Die „Münchener Post“ stellt den großindustriellen Konzern, welcher die Mörder-entrate finanziert hat, an den Pranger. Sie glaubt, den Mord an Garais aufgedeckt zu haben und schreibt unter dem Titel „Dishonors-Gesellschaft“:

Die Dishonors-Gesellschaft wurde feinerzeit gegründet, angeblich zu dem Zweck, mit den Oststaaten, namentlich mit Ungarn Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Der tatsächliche Zweck ist lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn. In der G. m. b. H. sind beteiligt der bekannte Kommerzienrat Raab und der Konful Rade. Die Leitung ist im Münchener Ringhotel, dem bisherigen Sitz der Einwohnerwehr-Zentrale. Der erste Direktor ist der Materialreferent der Landesleitung der Einwohnerwehr, der zweite Direktor ein Major, der früher längere Zeit in Ungarn tätig war. Eine Filialdirektion der Dishonors-Gesellschaft befindet sich in Budapest.

Wir erlauben uns die Anfrage, ob es richtig ist, daß Leutnant Schweikhardt, der als Täter des politischen Mordes im Fortenrieder Park festgesetzt ist und außerdem hinreichend verdächtig erscheint, an dem Mord des Abgeordneten Garais beteiligt gewesen zu sein, von der Dishonors-Gesellschaft im Ausland beschäftigt wird.

Eine Lebensfrage

In der neuesten Nummer des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ beschäftigt sich Genosse Johannes Timm, ehemaliges Mitglied der bayerischen Regierung, mit der eben vollzogenen Umbildung der Regierung in Bayern. In seinem Artikel schildert er, wie in Bayern am erbittertesten der Kampf um all die Wahlfreien ausgefochten wurde, die von verbredertischen Phantasten nach dem November 1918 in das vom Krieg zermürbte Volk geschleudert wurden. Dann sagt er weiter:

„In Bayern eben auch bahnte dieser Kampf den Reaktionen aller Schattierungen wieder den Weg. Unter der Regierung Raab haben sie ihn selbstbewußt bestritten und ihr klares Streben geht auf Beseitigung der republikanischen Staatsform des Reiches. Daß diese Absicht von allen republikanisch-demokratischen Volksgenossen in Bayern nunmehr richtig erkannt wurde, ist wohl das größte Verdienst des ehemaligen Ministerpräsidenten von Raab. Besonders die arbeitenden Klassen haben sich, was sie zu verlieren hatten.“

Schön der republikanisch-demokratischen Staatsform, das ist die Lösung für das wertvolle deutsche Volk geworden. Auch das wertvolle bayerische Volk hat diese Lösung begriffen. Mit unerschütterlicher Treue weiß es sich hierin eins mit seinen deutschen Arbeitsgenossen. Es ist dankbar für die Hilfe, die ihm in seinem Kampfe von allen freien deutschen Bürgern kommen wird, wenn es hart auf hart geht. Unter diesem Eindruck standen alle Kämpfer der letzten Zeit. Das wertvolle Volk Bayerns weiß alle Kämpfer, daß es in seinem Kampfe um die Verankerung des Reiches nicht allein stehen wird. Was dabei verloren gehen würde, sind nicht bloß bayerische Verluste. Es geht um die deutsche Republik, um die Einheit und Geschlossenheit des Reiches, die nach innen und außen zu verteidigen nicht zuletzt eine Lebensfrage für das wertvolle deutsche Volk ist.

Und wie leuchtend wurde die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Republik von Bayern aus wieder aufs Spiel gestellt.

Justiz und Republik

Genosse Staatsanwalt Marx schreibt:

In der Entgegung des Genossen Rechtsanwalts Dr. Kullmann sei mir abschließend folgendes zu sagen gestattet: 1. Die Folgerung, weil der Gesetzgeber, das Parlament, gewählt wurde, müsse auch das die Gesetze anwendende, das Recht sprechende Organ gewählt werden, beruht auf einem Trugschluss. Zunächst sind Gesetzgebung und Rechtspflege ganz verschiedene Funktionen der Staatsgewalt. Was für die eine paßt, ist für die andere noch lange nicht zweckmäßig. Eine

Effehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Als Effehard von dem Zweck und Ziel seiner Fahrt sprach, rief der Leutpriester: Soho, Confrater, was habi Ihr wider die Jagd gesprochen und ziehet ja selber auf Edelwild aus! Aber Effehard winkte ab. Habt Ihr noch nie Heimweh nach des Klosters Stille und Wissenschaft verspürt? frug er.

Da stammte des Leutprieesters Aug'. Junges Blut verheißt das nicht. Reichthümle Nepprend?!

Ich verheiß Euch allerdings nicht, sprach Effehard. Was schuf Euch solche Aenderung der Sinnesart? Er warf einen Seitenblick auf das Jagdgeräth.

Die Zeit, gab der Leutprieester zurück und klopfte seinen Wangen auf dem Eidentisch müd, — die Zeit und wachsende Erkenntnis. Das braucht Ihr aber Eurem Knie nicht zu berichten. Ein auch einmal ein Durst gewesen wie Ihr, Irland zieht fremde Leute, sie wissen's hier zu Land. Ehen, wie war ich unedeligen Gemüthes, wie ich mit Oheim Marcus von der Wallfahrt gen Rom zurückkam häßte den jungen Moengal sehen sollen, die ganze Welt war ihm keinen Grundling wert, aber Hallieren, Sigilien fingen, geistliche Weibungen halten: das war metu Laßal. Da ritten wir in Gallus' Kloster ein — einem heiligen Landmann zu Ehren macht ein braver Irländer schon ein paar Meilen um, — ich aber bin ganz dort hängen geblieben. Kleider, Bücher, Geld und Wissen, der ganze Mensch was des Klosters, und der irische Moengal ward Marcellus geheissen und warf seines Oheims silberne und goldene Pfennige zum Fenster hinaus, daß die Bräde abgehoben sei, die zur Welt zurückführt. Waren schon Jahre, jag ich euch, hab' gewacht und gebetet und studiert nach Herzenslust.

Aber viel Ehen ist schädlich dem Menschen und viel Wissen macht überflüssige Arbeit. Manchen Abend hab' ich gegrübelt wie ein Bohren und disputiert wie eine Eifer, nichts war innergründlich: wo das Haupt Johannes, des Täufers, begraben liegt, und in welcher Sprache die Schlange zu Adam gesprochen — alles klar erzählt, nur daran war ich nicht zu denken geraten, daß der Mensch auch Knochen und Fleisch und Blut mit sich in die Welt bekommen. Soho, Confrater, da kamen Höl-

Stunden, mögen sie Euch erspart bleiben! der Kopf ward schwer, die Hände unruhig, am Schreibtisch kein Bleiben, in der Kirche kein Anien — fort! hieß es, nur fort und hinaus! Dem alten Thelo jagt ich bereit, ich habe eine Entbedung gemacht. Was für eine? Daß es jenseits unserer Mauern frische Luft gebe . . .

Da verjagten sie mir den Ausgang, aber manche Nacht drin heimlich auf den Gladenrum gestiegen und hab' hinausgeschaut und die Fiebermüde benedet, die in den Tannenwald umherfliegen . . . Confrater, dagegen hilft kein Fasten und kein Beten, was im Menschen siedet, muß heraus.

Der vorige Abt hat billige Einsicht genommen und mich zur Jahresfrist hierher geschickt, aber der Bruder Marcellus kam nimmer heim. Wie ich hier im Schweiß meines Angesichts den Tannenraum füllte und den Klagen zimmerte und den Strichvogel aus den Lüften herunterholte, da ist mir ein Licht aufgegangen, was gesund sein heißt — Fischfang und Weidwerk beugen die unnützen Mühen aus dem Kopf — so stehe ich seit dreißig Jahren der Jelle Madolzi vor, einer gewissen Verbanung angesetzt, was verächt's? Ich bin gleich der Kropfgans in der Wüste, gleich der Eule, die in Trümmern nistet, sagt der Palmist, aber frisch und stark, und der alte Moengal gedenkt, sobald noch nicht ein stummer Mann zu werden und weiß, daß er wenigstens vor einem Unglück sicher sein darf . . .

Was meint Ihr für ein Unglück? frug Effehard. Daß ihm Sankt Petrus bereinigt den himmlischen Tor Schlüssel vor die Thür schlägt und spricht: hinaus mit dir, der du unwillig und eitel Philosophie getrieben!

Effehard ließ sich auf Moengals Herzensergießungen nicht näher ein. Ihr habt wohl rauhen Dienst in Sorge der Seelen, sprach er, verjätete Herzen, Heidentum und Heherei. . .

's geht an, sprach der Alte, im Mund der Bischöfe und Laienlichen Mäie, in den Kapitularien und Synodalschließungen nimmt sich's haarträubend aus, wenn sie den heidnischen Jertwahn abzeichnen und mit Straffung bedrücken. 's ist eben alter Glaube hierlands, im Baum und Fluß und auf lustigen Vergesshöde der Gottheit nachzuspielen. Jeder auf der Welt muß seine Apokalypsis haben, die Degauer suchen sie draußen . . . es läßt sich auch etwas dabei denken, wenn der Mensch frühmorgens im Schilde steht und die Sonne über ihm aufgeht . . .

Deshalb kommen sie am Tage des Herrn doch zu mir und fingen die Messe mit, und wenn der Sendbote ihnen nicht so manchen Straffschilling aus dem Sad wieder, würden sie noch fröhlicher sich zum Evangelium wenden. —

Eloht an, Confrater, die frische Luft . . . Erlaubt, sprach Effehard mit seiner Wendung, daß ich das Wohl Marcellus', des Lehrers an der Klosterschule, des Verfassers der irischen Uebersetzung des Briscanus trinke.

Wir auch recht, sagte Moengal. Was aber die irische Uebersetzung betrifft, die möchte einen Haken haben.

In Effehard war das Verlangen groß, seinen hohen Thiel zu erreichen. Kurz vor dem Ziele langer Fohrt hat noch selten einer lange Paß gehalten. Der Berg steht fest in der Ehen, sprach zwar Moengal, er entsleht Euch nimmer.

Mer Moengals Wein und seine Lehre von der frischen Luft hatten für den, der einer Herzogin entgegen sollte, wenig Verfrüdenbes. Er brach auf.

Ich geh mit Euch bis an des Pfarrsprengels Grenze, sagte der Leutprieester, heute dürft Ihr mir noch zur Seite gehen, trag meines verblühenen Genandes; wenn Ihr auf dem Berg droben festsetzt, dann werdet Ihr meinen, die Verklärung sei über Euch gekommen, und werdet ein bornehmer Herr werden, und wenn Ihr bereit an Frau Radwigs Seite gen Radolfs Jelle geritten kommt, und der alte Moengal steht an der Schwelle, so wird ihm eine gnädige Handbewegung als Almosen zugeworfen — der Welt Lauf! Wenn der Feuerling groß geworden, heißt er Feldchen und spricht die Aemern seines Geschlechtes.

Das sollt Ihr nicht sagen, sprach Effehard und lächelte den irischen Mitbruder.

Da gingen sie zusammen und der Leutprieester nahm seine Reimarten mit, im Rücken den Wägel des Waldes Radsternung zu bereiten. Es war ein langer Weg durch den Tannenwald, lang und still.

Wie sich das Gefäß lichte, da stand in dunkler Masse des hohe Thiel und warf ihnen seinen Schatten entgegen. Moengal aber schaute mit starkem Aug' den Waldpaß entlang durch die Richtung der Tannen. Es freidit was durchs Revier, sprach er.

Sie waren wieder etliche Schritte gegangen, da griff Moengal seinen Gefährten am Arm, stellte ihn, deutete vorwärts und sprach: Das sind keine Widenden noch Tiere des Waldes!

Es kam ein Ton herüber, als wenn fernab ein Roß gewiebert . . . Moengal sprach seitwärts, schlich sich ein gut Stück in jungen Gefäß vorwärts, legte sich auf den Boden und spähte.

Weidmanns Torheit, sprach Effehard und wartete . . . (Fortsetzung folgt.)

Soziale Demokratie ... die innere Logik ... die demokratischen Volksrechte ... die Unabhängigkeit als erste Voraussetzung einer gedeihlichen Arbeit ...

Die Unabhängigkeit des Gerichts bedeutet praktisch nicht nur Ausschaltung von Kabinettsjustiz, sondern vielmehr heute die Garantie für den einzelnen Richter, daß ihm aus seiner Stellungnahme keine Nachteile erwachsen ...

Seitdem ich meinen Aufsatz „Justiz und Republik“ geschrieben habe, hat auch der Parteitag in Götting die Frage der Richterwahl geprüft ...

Aus der Partei

5. Bad. Landtagswahlkreis - Agitationsbezirk Karlsruhe

Öffentliche Versammlungen

Die bevorstehende Landtagswahl

Donnerstag den 13. Oktober 1921:

Ottenu: Abends 8 Uhr im „Strauß“. Referent Genosse Müller-Karlsruhe.

Freitag den 14. Oktober 1921:

Durlach: Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Horter-Karlsruhe.

Forstheim: Abends 8 Uhr im „Sealbau“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Dr. Kraus-Heidelberg.

Samstag den 15. Oktober 1921:

Liedelsheim: Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent Genosse Koch-Karlsruhe.

Gaggenau: Abends 8 Uhr in der „Post“. Referent Genosse Hauptlehrer Haebler-Liedelsheim.

Bernsbach: Abends 8 Uhr im „Badischen Hof“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Nücker-Karlsruhe.

Greiffen: Abends 8 Uhr im „Hof“. Referent Genosse Sulzer jr.-Baden-Baden.

Silberstein: Abends 8 Uhr im „Grünen Hof“. Referent Genosse Stadtrat Fischer-Karlsruhe.

Rappelsbach: Abends 8 Uhr im „Recht“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Weber-Durlach und Genossin Hallstein-Rastatt.

Hinzingen: Abends 8 Uhr im „Prinz Max“. Referent Genosse Parteisekretär Trinks-Karlsruhe.

Sonntag den 16. Oktober 1921:

Au a. Rh.: Nachmittags 3 Uhr im „Döfen“. Referent Genosse Streile-Karlsruhe.

Baden-Niedertal: Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Hauptlehrer Haebler-Liedelsheim.

Baden-Weinbergstr.: Abends 8 Uhr in der „Neuen Welt“. Referent Genosse Hauptlehrer Haebler-Liedelsheim.

Bauerbach: Abends 8 Uhr im „Badischen Hof“. Referent Genosse Dr. Müller-Karlsruhe.

Bauschlitz: Nachmittags 3 Uhr im „Döfen“. Referent Genosse Seiler-Karlsruhe.

Büdingen (Amt Bretten): Abends 8 Uhr im „Engel“. Referent Genosse Seiler-Karlsruhe.

Burbach: Nachmittags 3 Uhr im „Strauß“. Referent Genosse Stadtoberordn. Böhn-Karlsruhe.

Eckesheim: Abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Streile-Karlsruhe.

Fehlingen: Abends 8 Uhr im „Kirchgärtner“. Referent Genosse Koch-Karlsruhe.

Forstheim: Nachmittags 3 Uhr im „Bühnenhof“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Horter-Karlsruhe.

Forstheim: Nachmittags 3 Uhr in der „Krone“. Referent Genosse Dr. Müller-Karlsruhe.

Forstheim: Nachmittags 3 Uhr im „Adler“. Referent Genosse Stadtoberordn. Graf-Forsheim.

Sachsen: Nachmittags 3 Uhr im „Adler“. Referent Genossin Müller-Karlsruhe.

Kirchbach: Nachmittags 3 Uhr im „Löwen“. Referent Genosse Koch-Karlsruhe.

Münzesheim: Nachmittags 3 Uhr im „Adler“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Kurz-Karlsruhe.

Reichsheim: Nachmittags 3 Uhr. Referent Genosse Sipp-Karlsruhe.

Niederbühl: Abends 8 Uhr im „Hirsch“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Horter-Karlsruhe.

Oberhausen: Nachmittags 3 Uhr im „Adler“. Referent Genosse Stadtoberordneter Böhringer-Karlsruhe.

Oberweier (Amt Ettlingen): Nachmittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent Genosse Kadner-Karlsruhe.

Otterbach: Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Weber-Durlach.

Philippshausen: Nachmittags 3 Uhr im „Helfenfelder“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Marum-Karlsruhe.

Raental: Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Weber-Durlach.

Reichenbach (Albtal): Nachmittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent Genosse Prof. Rothbach-Karlsruhe und Genossin Stadträtin Knecht-Durlach.

Rheinhausen: Nachmittags 3 Uhr im „Engel“. Referent Genosse Parteisekretär Trinks-Karlsruhe.

Rotenfels: Abends 8 Uhr im „Hirsch“. Referent Genosse Stadtrat Fischer-Karlsruhe und Genossin Anders-Karlsruhe.

Schluttenbach: Nachmittags 3 Uhr in der „Linde“. Referent Genosse Stadtrat Schwertle-Karlsruhe.

Schwarzbach: Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent Genosse Sulzer jr.-Baden-Baden.

Staufenberg: Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Dr. Kullmann-Karlsruhe.

Stollhofen: Nachmittags 3 Uhr in der „Krone“. Referent Genosse Sulzer jr.-Baden-Baden.

Sulzbach (Amt Ettlingen): Nachmittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Sude-Karlsruhe.

Vimbach: Abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent Genosse Stadtrat Kubelsch-Karlsruhe.

Weitenung: Nachmittags 3 Uhr im „Höfel“. Referent Genosse Stadtrat Kubelsch-Karlsruhe.

Waldenhausen: Nachmittags 3 Uhr im „Döfen“. Referent Genosse Landtagsabgeordneter Kruschbach-Bruchsal.

Dienstag den 18. Oktober 1921:

Saggsfeld: Abends 8 Uhr in der „Kanne“. Referent Arbeitsminister Genosse Dr. Engler.

Mittwoch den 19. Oktober 1921:

Ettlingen: Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent Arbeitsminister Dr. Engler.

Königsbach: Abends 8 Uhr im „Badischen Hof“. Referent Genossin Stadtoberordnete Trautwein-Forsheim.

Donnerstag den 20. Oktober 1921:

Gaggenau: Abends 8 Uhr im „Hof“. Referent Genossin Landtagsabgeordnete Fischer-Karlsruhe.

Die Einwohnerschaft obengenannter Orte ist zu den Versammlungen freundlich eingeladen. Es ist Pflicht der Parteigenossen und Genossinnen, für einen guten Besuch zu werden und für gute Bekanntmachung besorgt zu sein. Ganz besonders wird auch auf das Erscheinen der Wählerinnen Wert gelegt.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Deutschösterreich Sozialdemokratie

Der Parteitag ist auf den 20. Oktober nach Graz einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten: Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben; die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik; die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Dem Bericht der Parteileitung entnehmen wir: Im Jahre 1920/21 vermehrte die Partei 155 297 neue Mitglieder zu gewinnen, also die Zahl der Parteimitglieder von 335 863 auf 491 160, um 46,23 Prozent, zu vermehren.

In der Spitze der Partei marschiert die Organisation Wien mit 139 742 männlichen und 48 637 weiblichen, zusammen also mit 188 379 Mitgliedern. Dann folgt nach dem Grade der industriellen Entwicklung Niederösterreich mit 119 482, Steiermark mit 73 853, Oberösterreich mit 60 993, Kärnten mit 21 722, Salzburg mit 14 981, Tirol mit 8466 und endlich Vorarlberg mit 2263 Mitgliedern. Oberösterreich besitzt in Verhältniszahlen ausgedrückt, den größten Anteil an dem Wachstum der Parteiorganisation (73,99 Prozent). Wien steigerte seine Mitgliederzahl um 52,30 Prozent. Einzige Vorarlberg erlitt im letzten Jahre einen Verlust von 4,67 Prozent seiner Mitglieder, der ausschließlich auf weibliche Mitglieder betrafen geblieben war; an männlichen Mitgliedern gemindert es 2,18 Prozent dazu.

118 902 Frauen sind politisch organisiert, im vorigen Jahre waren es erst 76 709. Der Anteil der Frauen an der Gesamtorganisation, im Jahre 1913 noch ein Viertel, wuchs bis 1921 auf ein Drittel.

Bei den letzten Nationalratswahlen erhielt die Partei 1 023 605 Stimmen. 491 160 Männer und Frauen sind organisierte Mitglieder der Partei. Es zeigt von einer gewaltigen Organisationsarbeit, wenn annähernd die Hälfte der sozialdemokratischen Wählererschaft in den politischen Parteikörper eingegliedert ist.

Es erscheinen 18 Parteizeitungen mit einer Gesamtauflage von 514 000 Exemplaren und drei Zeitschriften (Der „Kampf“, „Die Gemeinde“, „Die sozialistische Erziehung“). Unabhängig von der Partei, jedoch den proletarischen Bedürfnissen dienend, erscheinen überdies 49 Gewerkschaftsblätter in einer Auflage von 927 350 Exemplaren und der „Freie Genossenschaftler“.

Durch die Verschmelzung der vier Arbeiterkonsumvereine Wiens wurde ein Mieskonsumverein geschaffen, der seinesgleichen in der Welt nicht besitzt. Dem Verband der Konsumvereine gehören ferner an: 19 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, 20 Produktionsgenossenschaften, 5 Kreditgenossenschaften, 3 Landes-einkaufsgenossenschaften und 1 Versicherungsgenossenschaft. Im letzten Jahre wurden 132 735 Genossenschaftsmitglieder gewonnen. 508 622 Mitglieder gehören dem Verband an, der weit mehr als ein Drittel der Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt.

Badische Politik

Der Fall Mager und die Dreiklassenenteilung

Nicht nur den Haushaltsausgleich und das Plenum des Landtages hat die vorzeitige Abreise des Deputationsmitgliedes Mager bei den Berliner Verhandlungen über die Dreiklassenenteilung beschäftigt, jetzt wird der „Fall Mager“ auch noch in die Wahltagung hineingetragen.

Im „Bretener Tagblatt“ nimmt ein Herr D. V., wahrscheinlich ein deutschnationaler Beamter, Herrn Abg. Mager recht auffällig in Schutz. Er sagt u. a.:

Wir erklären hier, daß nach unseren Informationen Herr Mager in Berlin an den Sitzungen ebenso gut, wie die Vertreter der anderen Parteien ernstlich und gewissenhaft teilgenommen hat. An dem Nachmittags, als der Frontkämpfertag stattfand, war gar keine Sitzung. Die Beamtenvertreter arbeiteten den ganzen Vormittag — ohne die Abgeordneten — einen neuen Vorschlag aus, der am Nachmittags auf verschiedenen Büros vervielfältigt wurde. Erst am Abend

fand — um 8 Uhr — eine gemeinsame Besprechung statt. Dazu also überhaupt die Anwesenheit, Mager habe seine Pflicht nicht getan?

Dazu schreibt uns Gen. Weigmann, der bekanntlich Mitglied der Berliner Kommission war, und den wir deshalb ersucht haben, hier das Wort zu nehmen, das folgende: Die Informationen, denen sich Herr D. V. rühmt, sind falsch. Der Frontkämpfertag im Stadion in Berlin fand in den späten Nachmittagsstunden des 24. August statt; zu ihm begab sich Herr Mager, wie er selbst erzählte, nachdem die Kommission um 4 Uhr im Reichsfinanzministerium wegen ihrer rednerischen Beteiligung an den Einreichungsverhandlungen vorzeitig gemeldet war. Herr Mager wohnte dieser Aussprache noch bei, begab sich aber dann zum Frontkämpfertag und war in den Abendstunden, bei welchen in der badischen Gesandtschaft von den Beamtenvertretern und den Landtagsabgeordneten die neuen Einreichungsvorschläge ausgearbeitet wurden, nicht anwesend. Erst am anderen Morgen erschien er wieder in der erneuten Zusammenkunft zwischen den Beamten und den Landtagsabgeordneten, nachdem er vorher erzählt hatte, er habe sogar neben dem Generalfeldmarschall v. Ludendorff gestanden. Entscheidend ist doch die Nichtanwesenheit Magers bei einer wichtigen Tätigkeit der Beamten und Abgeordneten, als welche die Ausarbeitung neuer Vorschläge zur Förderung der Dreiklassenfrage gilt und gelten hat.

Das ist die Wahrheit, Herr D. V., alle anderen „Informationen“ treffen nicht den Kern der Frage. Der Haushaltsausgleich hat erklärt, es sei bedauerlich, daß Herr Mager am 25. August, abends, in dem Augenblick Berlin verlassen hat, in welchem im Reichstatistischen Amt die bedeutungsvollen Verhandlungen über die Einreichung vieler badischer Städte und Gemeinden in die „richtige“ Dreiklasse begonnen haben. Dieses Urteil einer parlamentarischen Körperschaft wiegt schwerer, als die politischen Rettungsversuche, die Herr D. V. in Bretten für den Landtagsabgeordneten Mager mit wenig Erfolg unternimmt.

Die neuen Vereinbarungen über den Grenzverkehr

In Bern fand zwischen Vertretern der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, Delegierten der kantonalen Polizeidirektoren der Nord- und Nordwestschweiz und den deutschen Stellen eine Konferenz statt, die sich mit der Neuordnung des kleinen Grenz- und des Ausflüglerverskehrs an der Grenze Basel bis Nordschaff befaßte. Die Basler Regierung war im Gegensatz zu den deutschen Stellen der Ansicht, der Rahm des kleinen Grenzverkehrs sei zu erweitern. Folgende Maßnahmen sollen u. a. vorgebracht werden: Für eine beschränkte Anzahl von Ausflüglern soll ab 16. Oktober der Sonntagsverkehr wieder zugelassen werden. Nur abgeimpfte Karten berechtigen in Zukunft zum Grenzübertritt. Für 16. Oktober sind für Basel 2000 Abkempelungen vorgesehen, eine Zahl, die allmählich erhöht werden soll. Das eidgenössische Justizdepartement wird eingeladen, die schweizerische Grenzbevölkerung in einem Aufsatze zu erforschen, sich bei Besuchen in Deutschland anständig aufzuführen. Die deutschen Stellen werden an die deutsche Grenzbevölkerung in einem Aufsatze die Lebensmittelhandlung und die Besuche in einem Aufsatze zu erforschen, sich bei Besuchen in Deutschland anständig aufzuführen. Die deutschen Stellen werden an die deutsche Grenzbevölkerung in einem Aufsatze die Lebensmittelhandlung und die Besuche in einem Aufsatze zu erforschen, sich bei Besuchen in Deutschland anständig aufzuführen.

Nur noch Personen, die mit Pässen versehen sind, sollen in Deutschland Einfäufe machen dürfen, das Mitnehmen von Waren in kleinen Grenzverkehr soll ausgeschlossen sein. Von einer Vermehrung der schweizerischen Konsulate in Baden und Württemberg wird abgesehen. Falls sich diese Maßnahmen bewähren sollten, soll das System weiter ausgebaut werden.

Die Landeswahlliste ist bis einschließlich 14. Oktober beim Landeswahlleiter, Ministerialrat Dr. Bender, im Ministerium des Innern einzureichen.

Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr.

Die für den Grenzverkehr gegebenen Ausfuhrbeschränkungen haben zufolge der fortschreitenden Entwertung der deutschen Baluta eine außerordentliche Steigerung der Ausfuhr im Grenzverkehr und damit eine für die Grenzbevölkerung sehr empfindliche Verringerung des Angebots und Preissteigerung von Gegenständen des täglichen Lebens herbeigeführt. Der Beauftragte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Karlsruhe hat nunmehr im Einvernehmen mit der badischen Regierung die Sammelausfuhrbewilligung für den kleinen Grenzverkehr sowie die Ermächtigung der Zollstellen, gewisse Waren zur freien Ausfuhr zuzulassen, bis auf weiteres zurückgezogen. Wegen einer weiteren den Verhältnissen im kleinen Grenzverkehr entsprechenden Einschränkung der zur Ausfuhr völlig freigegebenen Waren schweben noch Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen.

Eisenbahnverkehrssteigerung für Güter und Tierverkehr.

Der Ausschuss der Badischen Landwirtschaftskammer hat zu dem auch die Landwirtschaft stark berührenden Projekt, folgende Anträge den maßgebenden Regierungsstellen zugehen lassen: 1. Die Badische Landwirtschaftskammer erhebt gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife ihre schwersten Bedenken, da diese geeignet sind, produktionshemmend zu wirken. 2. Unter allen Umständen fordert sie, die Beibehaltung der im Juni in Kraft getretenen tariflichen Vergünstigungen für Nahrungsmittel und des Ausnahmefahrt für Düngemittel. 3. Die Gütertarife sind weitgehend zurückzuführen, wobei auf die geographisch ungünstig gelegenen Gebiete Rücksicht zu nehmen ist. 4. Die Eisenbahnverwaltung sollte mit Rücksicht auf den parzellierten Grundbesitz in Baden und Süddeutschland die noch vorhandenen 10-Tonnen-Wagen in erster Linie diesen Gebieten zur Verfügung stellen.

Wolkswirtschaft

Gewaltige Preissteigerungen für Baumwolle

Im „Berliner Tageblatt“ macht ein Baumwollwarenfabrikant aufsehenerregende Mitteilungen über ungeheure Preissteigerungen, die die Baumwollmärkte beherrschen. Die für die Weltversorgung maßgebende amerikanische Baumwollenernte ist dieses Jahr so klein, wie sie in den letzten 35 Jahren nicht erlebt worden ist. Im Jahre 1917 wurde von den amtlichen Büros in Washington über 1 835 000 Ballen Baumwolle berichtet, die exportiert worden waren. Im vorigen Jahre waren es nur 482 000 Ballen und in diesem Jahre bis zum 24. September gar nur 298 000 Ballen. Das ist ein großer Anfall. Wenn auch aus der vorjährigen Ernte noch ungefähr soviel Baumwolle liegt, wie in diesem Jahre geerntet worden ist, so kann doch der Weltbedarf nicht gedeckt werden. Die Farmer haben seit Juni eine Verdoppelung der Preise erzielt. Da nun der Kurs des Dollars von etwa 70— auf 125— gestiegen ist, so müssen die deutschen Käufer ein Mehrfaches des Preises vom Juni anlegen. An der Bremer Baumwollbörse kostete das Kilo Baumwolle am 1. Juni 18,80 M., am 1. Oktober aber 64,50 M. Das ist rund das Dreifache des Preises vom Juni. In den Käuferkreisen herrscht gewaltige Aufregung wegen der Unsicherheit des Devisenmarktes, die zu täglich wechselnden Baumwollpreisen führt. Die Preise fielen und stiegen mitunter von einem Tag zum andern um 6 M. per Kilo. Am 21. September kostete das Kilo in Bremen 63,60 M., am 27. September 60,50 M. am 28. September 66,20 M. am 30. September 60,50 M. und am 3. Oktober 65,30 M. Bei dem großen Risiko, das die Käufer eingehen, ist die Aufregung verständlich, denn die jetzt gekaufte Baumwolle wird erst im ersten Quartal 1922 geliefert und im Mai oder Juni 1922 wieder abgesetzt. Heute weiß kein Mensch, was bis dahin auf dem Baumwollmarkt vorgehen kann.

Die neue badische Gemeindeordnung

Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug der wichtigsten Bestimmungen der neuen badischen Gemeindeordnung. Angesichts der großen Bedeutung dieses Gesetzes empfiehlt es sich, den Artikel auszuschneiden und aufzubewahren.

Der Art. 1 vor Zerschlagung kam im Badischen Landtag noch das Werk zur Erledigung, das nach der Verfassung am grundlegendsten ist für die innere Entwicklung des badischen Landes: die neue badische Gemeindeordnung. Wenn auch heute noch an dem gründlich beratenen Gesetze gar mannigfache Wünsche übrig bleiben, so kann das große gesetzgeberische Werk doch beanspruchen, ein in die Zukunft weisender fortschrittlicher Bahnbrecher auf gemeindepolitischen Gebiet zu sein.

Danach werden die Gemeinden eingeteilt in a) Gemeinden mit höchstens 200 Einwohnern (Kleine Gemeinden); b) kleine Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 200 bis höchstens 4000 Einwohnern (Mittlere Gemeinden); c) mittlere Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 4000 bis höchstens 15000 Einwohnern (Große Gemeinden); d) Gemeinden mit mehr als 15000 Einwohnern (Städte im Sinne dieses Gesetzes). Das Staatsministerium kann einer Landgemeinde die Eigenschaft als Stadtgemeinde verliehen.

Die Vereinigung zweier oder mehrerer Gemeinden zu einer Gemeinde oder die Abtretung eines Teils eines Gemeindebezirks erfordert in der Regel übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und Genehmigung des Ministeriums des Innern; kommt eine Einigung der Gemeinden nicht zustande, so kann die Vereinigung aus Gründen des öffentlichen Interesses durch Gesetz erfolgen.

Zwei oder mehrere Gemeinden können zwecks gemeinsamer Erfüllung einzelner Aufgaben durch übereinstimmend erlassene Satzung einen Zweckverband bilden. Die Satzung hat die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes zu regeln und muß auch Bestimmungen für den Fall der Auflösung desselben enthalten; sie bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Die Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Zu den Angelegenheiten der Gemeinde gehören diejenigen Zweige politischer Tätigkeit, deren Aufgabe es ist, die Gemeininteressen der örtlichen Gemeinschaft zu befriedigen, insbesondere die örtliche Verwaltung des Gesundheitswesens, der Straßen, der Märkte, des Gewerbes, des Armenwesens, des Wohnungs- und Bauwesens, des Feuerlöschwesens, der Gemarkungsverhältnisse, die örtliche Fürsorge für Keiligkeit und Sittlichkeit, sowie die Fürsorge für die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb der Gemarkung. Inwieweit die Gemeinden die Ortspolizei verwalten, bleiben ihnen die dadurch erwachsenden persönlichen und sachlichen Kosten zur Last. Das Ministerium kann einzelne dieser Verwaltungszweige einer staatlichen Verwaltungsstelle übertragen. Durch das Ministerium des Innern können einer Gemeinde auch Aufgaben der Landespolizei übertragen werden. Die Übertragung ist widerruflich; sie erfolgt gegen angemessene Vergütung, deren Höhe nach Anhörung der Gemeinde durch die Staatsaufsichtsbehörde festgesetzt wird. Die Gemeinden unterliegen, abgesehen von einzelnen Bestimmungen, der Aufsicht des Staates nur nach Maßgabe der Befehle. Bezüglich der Kosten der Staatsaufsicht gelten die darüber bestehenden Befehle und Verordnungen.

Wer auf der Gemarkung der Gemeinde wohnt (Gemeindeangehöriger) ist bei Erfüllung der Voraussetzungen zur Benutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde berechtigt und zur Teilnahme an den öffentlichen Lasten verpflichtet. Die Gemeinde ist berechtigt, auch persönliche Dienste der Gemeindeangehörigen zur Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben und für Fälle der Not in Anspruch zu nehmen.

Zur Teilnahme an den Gemeindevahlen sind alle Deutschen berechtigt, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und am Wahltag seit 6 Monaten auf der Gemarkung ihren Wohnort haben. Wer das Wahlrecht infolge Wegzugs verloren hat, jedoch vor Ablauf von 3 Jahren wieder in die Gemeinde zurückkehrt, erhält mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder. Für die Soldaten ruht das Wahlrecht während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zu einem Gemeindevahlwähler ist jeder mindestens 25 Jahre alte Wahlberechtigter, dessen Wahlrecht nicht ruht. Wer wählbar ist, ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, verpflichtet, gemeindliche Ehrenämter anzunehmen. Wer die Wählbarkeit verliert oder aus der Partei oder Wählergruppe, auf deren Vorschlag er gewählt wurde, ausscheidet, verliert das ihm übertragene Amt. Die Entscheidung hierüber steht dem Gemeinderat zu.

Die Vertretung der Gemeinde und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten kommt dem Gemeinderat zu. Neben dem Gemeinderat besteht in Mittel- und Großen Gemeinden sowie den Städten der Bürgerausschuß, der sich aus dem Gemeinderat und den Gemeindeverordneten zusammensetzt, in den kleinen Gemeinden die aus den Wahlberechtigten sich bildende Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat besteht a) aus dem Bürgermeister, b) aus 6 bis 24 ehrenamtlich tätigen Gemeindevorständen. Außerdem gehören dem Gemeinderat an die in der Gemeinde bestellten stellvertretenden Bürgermeister und die bezoldeten Gemeindevorstände. Wenn stellvertretende Bürgermeister bestellt sind, führt der Bürgermeister die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister; die stellvertretenden Bürgermeister führen die Amtsbezeichnung Bürgermeister. Die Zahl der ehrenamtlich tätigen Gemeindevorstände, gegebenenfalls auch der stellvertretenden Bürgermeister und bezoldeten Gemeindevorstände wird durch Gemeindebesatzung bestimmt.

Die Bürgermeister werden auf die Dauer von 9 Jahren, die bezoldeten Gemeindevorstände auf die Dauer von 4 Jahren durch die Mitglieder des Bürgerausschusses, in Gemeinden mit höchstens 2000 Einwohnern unmittelbar von den Wahlberechtigten gewählt. Wenn in drei Wahltagfahrten eine gültige Wahl des Bürgermeisters aus dem Grunde nicht zustande kommt, weil keiner die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt oder der Bewählte nicht wählbar ist oder die Wahl nicht annimmt, so wird der Bürgermeister auf die Dauer von höchstens zwei Jahren durch das Ministerium des Innern ernannt. In den Städten muß einer der Bürgermeister oder bezoldeten Gemeindevorstände die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben. Die Bearbeitung der politischen Angelegenheiten ist einem in solcher Weise vorgebildeten Mitglied des Gemeinderats zuzuweisen. Bei den Besoldungs- und Versorgungsbestimmungen der Bürgermeister wird u. a. auch bestimmt, daß bei Entstehen eines Streites zwischen der Ge-

meinde und dem Bürgermeister oder bezoldeten Gemeinderat über das Vorliegen der Voraussetzungen zur Verehrung in den Ruhestand, die Staatsaufsichtsbehörde entscheidet und deren Entscheidung durch die Beschwerde an das Ministerium des Innern und die Klage bei dem Verwaltungsgerichtshof angefochten werden kann.

Die Wahl der auf 4 Jahre zu wählenden ehrenamtlich tätigen Gemeindevorstände erfolgt nach den für die Wahl der Gemeindeordnung geltenden Grundregeln der Verhältniswahl, und zwar in den Großen Gemeinden und den Städten durch die Gemeindeverordneten, in den kleinen und mittleren Gemeinden durch die Wahlberechtigten. Die Tagesordnung und die Reihenfolge der Wahlberechtigten der Gemeinden und der Gemeindevorordneten werden in den Städten einschließlich der mittleren Stadtgemeinden durch Gemeindebesatzung, für die übrigen Gemeinden durch Verordnung geregelt. Die Geschäftsbefugnisse, welche für einzelne Dienstverrichtungen der Gemeindebehörden zu entrichten sind, werden durch Verordnung bestimmt.

Die Zahl der Gemeindeverordneten beträgt in den Gemeinden von 201-500 Einwohner 24, 501-2000 Einwohner 36, 2001-4000 Einwohner 48, 4001-10000 Einwohner 60, 10001 bis 20000 Einwohner 72, über 20000 Einwohner 84. Die auf 4 Jahre zu wählenden Gemeindeverordneten werden von den Wahlberechtigten nach den Grundregeln der Verhältniswahl mittels Vorschlagslisten gewählt, wobei die Wahl auf die in den Vorschlagslisten enthaltenen Bewerber beschränkt ist (gebundene Listen). Die Gemeindeverordneten sind ehrenamtlich tätig. Wenn sie im Auftrag des Gemeinderats in Gemeindeangelegenheiten Dienstverrichtungen vornehmen, haben sie Anspruch auf Ertrag der ihnen erwachsenden Baraufwendungen, bei auswärtigen Dienstgeschäften auf die Vergütungen der Gemeindevorstände. Außerdem erhalten Gemeindevorordnete, die als Folge ihrer Teilnahme an den Sitzungen oder sonstigen dienstlichen Verrichtungen einen Ausfall an Lohn oder Verdienst nachweisen, hierfür Ersatz. Die Inanspruchnahme der Gemeindevorordneten hat, wo ein Gemeindeverordnetenvorstand besteht, im Benehmen mit diesem zu erfolgen.

Der Bürgermeister leitet die gesamte Gemeindeverwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Gemeinderats, des Bürgerausschusses und der Ausschüsse vor, beruft deren Versammlungen, führt in Gemeinderat, im Bürgerausschuß und in den Ausschüssen den Vorsitz, bringt die Gegenstände zum Vortrag, sorgt für den Vollzug der gefassten Beschlüsse. Er setzt im Benehmen mit dem Gemeinderat den Geschäftskreis der stellvertretenden Bürgermeister und der bezoldeten Gemeindevorstände fest und regelt auch die Verteilung einzelner Geschäfte zu einem bestimmten Geschäftskreis. Er ordnet an, in welcher Richtung sich deren Tätigkeit an dem Gemeinderat und die Ausschüsse sowie deren Vorbereitung bewegen sollen; er bleibt berechtigt, jedes Geschäft selbst zur Bearbeitung zu übernehmen.

Den ehrenamtlich tätigen Gemeindevorständen können vom Gemeinderat mit Zustimmung des Bürgermeisters bestimmte Geschäfte zugewiesen werden. Der Gemeinderat wird zu seinen Sitzungen vom Bürgermeister einberufen; die Einberufung hat monatlich mindestens zweimal zu erfolgen. Auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder muß der Gemeinderat berufen werden. Der Gemeinderat ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Wenn ein Mitglied bei einem Geschäftsbesitz ist, so darf es an der Beratung und Beschlußfassung nicht teilnehmen. Leber die in ihrer amtlichen Stellung ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder von den Gemeindebehörden oder den zuständigen Staatsbehörden vorgeschrieben ist, haben die Mitglieder des Gemeinderats und der Ausschüsse Verschwiegenheit zu beobachten, auch nachdem sie aus ihrer amtlichen Stellung ausgeschieden sind, es sei denn, daß sie durch den Gemeinderat, den Bürgermeister oder die zuständige Staatsbehörde von der Schweigepflicht entbunden worden sind. Die Sitzungen des Gemeinderats sind nicht öffentlich. Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht ein Ausschuß oder der Bürgermeister zuständig ist.

Bei der Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten der Schulen findet eine Mitwirkung der Lehrer, Geistlichen und Schullehrer statt. Gleiches gilt für die Armenpflege, und zwar müssen diese Persönlichkeiten hierbei eingeladen werden. Sie nehmen an den beschließenden und beratenden Ausschüssen mit vollem Stimmrecht teil.

Im übrigen können sich die Ausschüsse aus Mitgliedern des Gemeinderats, aus Gemeindeverordneten und aus wählbaren Einwohnern zusammensetzen. Sämtliche Mitglieder werden vom Gemeinderat, wo ein Gemeindeverordnetenvorstand besteht, in gemeinsamer Beschlußfassung mit diesem, ernannt. Bei der Bildung der Ausschüsse sollen die im Bürgerausschuß bestehenden Gruppen entsprechend berücksichtigt werden.

Der Bürgerausschuß wird vom Bürgermeister berufen, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Verhandlungen des Bürgerausschusses sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Gemeinde oder des Staates oder berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen. Die Beratung und Beschlußfassung darüber, ob entgegen dem Vorschlag des Vorsitzenden ein Gegenstand in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln ist, erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

In den Städten wählen die Gemeindeverordneten für den Zeitraum bis zur nächsten allgemeinen Gemeindevahl einen Vorstand nach den für die Wahl der Stadträte geltenden Grundregeln der Verhältniswahl und sodann aus dessen Mitgliedern in einem besonderen Wahlgang den Obmann des Vorstandes als dessen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter des Obmanns. Auch die nichtstädtischen Gemeinden können einen Gemeindeverordnetenvorstand wählen. Der Gemeindeverordnetenvorstand kann im Bereich des gemeindlichen Aufgabensbereiches schriftliche Anfragen an den Gemeinderat richten. Er muß diejenigen Anfragen an den Gemeinderat leiten, die von mindestens drei Gemeindeverordneten ausgehen. Der Gemeinderat hat die Anfragen binnen einem Monat schriftlich oder in einer Sitzung des Bürgerausschusses zu beantworten; in letzterem Fall findet eine Aussprache über den Gegenstand nicht statt. Der Gemeindeverordnetenvorstand kann im Bereich des Aufgabensbereiches der Gemeinde bestimmte gefasste schriftliche Anfragen an den Gemeinderat richten. Er muß diejenigen Anfragen an den Gemeinderat leiten, die von mindestens drei Gemeindeverordneten ausgehen. Der Gemeinderat hat über diese Anfragen zu beschließen und seinen Beschluß binnen einem Monat entweder schriftlich dem Vorstand zu übermitteln oder in einer Sitzung des Bürgerausschusses mitzuteilen. Eine Aussprache und Meinungsäußerung der Gemeindeverordneten über den Gegenstand ist in der Bürgerausschußsitzung, in der die

Mitteilung erfolgt, und, wenn schriftliche Mitteilung erfolgt ist, in der nächsten Sitzung herbeizuführen, wenn mindestens ein Drittel der Gemeindeverordneten es verlangt.

In einer Reihe von Paragraphen wird die Zuständigkeit des Bürgerausschusses festgelegt, wobei u. a. bestimmt wird, daß der Gemeinderat und der Bürgermeister jeden Beschluß des Gemeinderats der Zustimmung des Bürgerausschusses unterstellen können. In kleinen, mittleren und Großen Gemeinden mit Ausnahme der mittleren Stadtgemeinden kann auch die Staatsaufsichtsbehörde anordnen, daß ein Beschluß des Gemeinderats dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Der Bürgerausschuß kann seine Zustimmung nicht an solche Bedingungen knüpfen, welche die Zuständigkeit des Gemeinderats beschränken. Durch die Zustimmung des Bürgerausschusses wird der Gemeinderat nicht verpflichtet, seinen Beschluß auszuführen. Der Bürgerausschuß kann beschließen, gegen Mitglieder des Gemeinderats wegen pflichtwidriger Handlungen zum Nachteile der Gemeinde Klage auf Schadensersatz zu erheben. Zur Erhebung der Klage ist der Gemeindevorordnetenvorstand und in Ermangelung eines solchen ein vom Bürgerausschuß zu diesem Zwecke bestellter Ausschuß befugt.

Durch Gemeindebesatzung kann bestimmt werden, daß für bestimmte Arten von Geschäften oder für solche Geschäfte, deren Tragfähigkeit die Anhörung des Bürgerausschusses nicht gestattet, ein aus Gemeindeverordneten und Mitgliedern des Gemeinderats bestehender Ausschuß (Gemischter Ausschuß) die Zuständigkeit des Gemeinderats und des Bürgerausschusses vereinigt. Diesen Ausschuß müssen doppelt so viele Gemeindeverordnete als ehrenamtliche Mitglieder des Gemeinderats angehören.

In den kleinen Gemeinden tritt die Gemeindeversammlung an Stelle des Bürgerausschusses. Die Gemeindeversammlung wird vom Bürgermeister berufen und geleitet. Die Wahlberechtigten sind zum Erscheinen in der Gemeindeversammlung verpflichtet.

In einer Reihe von Paragraphen regelt die neue Gemeindeordnung die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten und Gemeindebediensteten, teils das Dienststrafrecht und die Zwangsmaßnahmen teils.

Auf Antrag eines Viertels der bei der letzten Gemeindevorordnetenwahl Wahlberechtigten kann durch Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit aller Wahlberechtigten die Auflösung des Bürgerausschusses beschlossen werden. Eine Volksabstimmung über die Auflösung des Bürgerausschusses ist auch herbeizuführen, wenn das Ministerium des Innern dies anordnet. Mit der Anordnung tritt der Bürgerausschuß bis nach erfolgter Volksabstimmung außer Tätigkeit. Das Ministerium des Innern bestimmt, in welcher Weise die Zustimmung des Bürgerausschusses zu Beschlüssen des Gemeinderats für die Zwischenzeit zu erfolgen ist. Die Auflösung des Bürgerausschusses umfaßt auch den Gemeinderat; auf die Bürgermeister erstreckt sich die Auflösung des Bürgerausschusses nicht. Die Neuwahl hat binnen 3 Monaten zu erfolgen.

In den Vorschriften über den Gemeindehaushalt wird bestimmt, daß der Bürgermeister spätestens im Laufe des Jahres den Entwurf des Haushalts für das nächste Rechnungsjahr dem Gemeinderat vorlegen soll. In dem Vorschlag müssen alle Einnahmen, alle Ausgaben, auch solche für unvorhergesehene Fälle, und die Deckungsmittel für die Ausgaben aufgeführt sein. Der Gemeinderat soll im Laufe des Februar den Vorschlag an den Bürgerausschuß leiten, der ihn im März feststellen soll. In den mittleren und kleinen Gemeinden ist der Vorschlag von der Staatsaufsichtsbehörde zu genehmigen. Die näheren Bestimmungen über die Aufstellung des Haushalts werden durch Verordnung getroffen; die Städte können durch Gemeindebesatzung mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eine abweichende Regelung treffen. Unvermeidbare Ueberforderungen der voranschlagsmäßigen Ausgaben sind dem Gemeinderat vom Bürgermeister bedingungslos zur Kenntnis zu bringen. Sonstige Ueberforderungen und unvorhergesehene Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Gemeinderates. Der Fehlbetrag eines Rechnungsjahres ist, sofern nicht geeignete Mittel verfügbar sind, zur Deckung spätestens in den Voranschlag des übernächsten Jahres einzustellen; ausnahmsweise kann der Fehlbetrag auf die drei nächsten Wirtschaftsjahre verteilt werden. Das Vermögen der Gemeinde (Grundstock) ist in seinem Bestand unverändert zu erhalten. Die laufenden Tilgungsbeträge für Schulden dürfen nicht aus dem Vermögen entnommen werden. Ansehen sollen nur zu werden, wenn und im übrigen nur zu Ausgaben von dauerndem Nutzen für die Gemeinde aufgenommen werden, zu deren sofortiger Deckung die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht genügt.

Bezüglich des Bürgergenusses, dem zahlreiche Bestimmungen gemindert sind, wird bestimmt, daß er in seinem Umfang vom 1. Januar 1922 nicht erweitert werden darf. Der Gemeinderat ist verpflichtet, die Altmeubelgrundstücke den Bürgern, welche sie im Bau verwahren, zu entsorgen. In den Gemeinden über 1000 Einwohner kann ein weiterer Einkauf in den Bürgergenuss nicht stattfinden.

Des weiteren enthält die neue Gemeindeordnung noch Bestimmungen über Zusammenschlüsse Gemeinden, abgeordnete Gemarkungen und verschiedene besondere Bestimmungen, worin u. a. festgelegt wird, daß die neue badische Gemeindeordnung mit dem 1. April 1922 in Kraft tritt.

Gewerkschaftliches

Der Gelbe Bund der Bäcker und Konditoren nicht tariffähig. Ein beachtenswertes Gutachten in dieser heiklen umstrittenen Frage hat der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates an den Reichsarbeitsminister abgegeben. Dasselbe verdient schon deshalb weitgehende Beachtung, da auch alle mit Tariffragen beschäftigten Behörden und sonstige Instanzen sich künftig darauf einstellen haben, und lassen wir deshalb den ganzen Wortlaut folgen:

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beantwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministers dahingehend, daß er den Bund der Bäcker-(Konditoren)-Gesellen Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennt, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgeberern abhängige Organisation erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juni 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsrechtliche (gelbe) Organisation betrachtet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.

Pfeil-Spar-Glühkörper
 Manfordere ausdrücklich Pfeil-Spar-Glühkörper und achte auf die Pfeil-Schutzmarke
 25% Gas-Ersparnis

Sonnen- und Mondfinsternisse am 16. Oktober. Eine teilweise Mondfinsternis ereignet sich in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober. Der Beginn der Finsternis ist im westlichen Asien, in ganz Europa, in Afrika und im östlichen Teil von Südamerika sowie im Indischen und Atlantischen Ozean zu sehen. Das Ende der Finsternis ist sichtbar im westlichen Asien, in ganz Europa, Afrika, Südamerika und dem östlichen Nordamerika, im Atlantischen Ozean und im westlichen Teile des Indischen Ozeans. Nach mitteleuropäischer Zeit beginnt die Finsternis um 10.14 Uhr abends, erreicht ihren Höhepunkt (Verfinsternung von neun Zehntel der Mondoberfläche) um 11.54 Uhr und endet um 1.34 Uhr.

Das oberbayerische Bauerntheater wird noch die ganze Woche im Apollotheater Vorstellung geben. Das Programm ist sehr abwechslungsreich und kommen die beliebtesten oberbayerischen Volksstücke zur Ausführung, und zwar so wirkungsvoll, wie man sie selten genießen kann. Selbstverständlich kommt auch der „Schuhplattleranzug“ in jeder Vorstellung an die Reihe, der wirklich meisterhaft geboten wird. Ein Besuch der Veranstaltung wird niemand bereuen; die Spieler verdienen ein solches Zeugnis.

Stiftungsfest des Gesangvereins „Lira“ Grünwinkel. Am letzten Sonntag feierte der Gesangverein „Lira“ Grünwinkel im großen Saal zum „Nühlen Krug“ sein diesjähriges Stiftungsfest in Form einer in allen Teilen wohl gelungenen Herbstfeier. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Das beste Zeichen dafür, welche großes Interesse dem Verein entgegengebracht wird. Der Männerchor, etwa 60 Mann stark, brachte unter der tüchtigen und zielbewußten Leitung seines Dirigenten Herrn Behle eine schöne Auswahl von Chören zum Vortrag. Gleich mit dem ersten Lied „Sturmbeimöhrung“ zeigte der Verein sein kraftvolles schon ausgeglichenes Material. Der Verein sang u. a. auch 3 Kompositionen seines Chormeisters: „Des Vogels Lied“, „Mein Mühllein“ und „Liebe“. Aus diesen Liedern, die ganz im Volkston gehalten, strahlte Wärme und Innigkeit. Daß die wackere Sängerschaft auch Meißer auf dem Gebiete der Vortragskunst ist, bewies sie vor allem in dem Liede „Die Waldquelle“ von Baumann. Hier zeigte sich besonders das Können des Dirigenten, der bis in die feinsten Saitierungen den Chor ausarbeitete und ihn meisterhaft zum Vortrag brachte. Der Dirigent hat seine Sänger sehr in der Hand und seine Direktion ist ohne jede Lieberhebung ruhig und klar. Nach dem prächtig gesungenen „An die Heimat“ von Jüngst wollte der Beifall kein Ende nehmen, so daß der Verein noch das herrliche „Es war ein Gruß vom Mütterlein“ von Wasth ausgeben mußte. Als Solisten hatte der Verein Fr. Brößinger vom bad. Landesbühnen und Herrn A. Behle jr. gewonnen. Fr. Brößinger sang mit kraftvoller Stimme ihre schön ausgewählten Lieder. Herr A. Behle jr. gab mit seinem weichen und edlen Organ Lieder von Schubert und Löss. Reicher Beifall wurde den Solisten zu Teil, die sich gegenseitig am Klavier begleiteten. Auf den konzertlichen Teil folgten 2 von Mitgliedern des Vereins sehr schön gespielte Theaterstücke. Man sah es den Spielern an, daß sie ihre Rollen mit großem Fleiß studiert und mit Lust und Liebe bei der Sache waren. Stürmischer Beifall lohnte auch hier die Mitwirkenden. — Zu wünschen wäre noch, daß die Eltern, wenn sie schon Kinder zu solchen Anlässen mitnehmen, sich um dieselben etwas mehr kümmern, damit nicht von Seiten der Vorstandschaft gegen solche Störungen wiederholt eingeschritten werden muß, wie dies während der Abwicklung des Programms der Fall war. — Ein gemüthliches Räuzchen hielt Alt und Jung noch in frühlicher Stunde zusammen.

Berufung an das Intern. Arbeitsamt. Oberregierungsrat Prof. Dr. Ing. A. H. Mann, Direktor des bad. Gewerbeschulsausschusses, hat einen Ruf als Leiter einer neu zu gründenden Abteilung für techn. Arbeitsschutz an das Internationale Arbeitsamt in Genf. Das bad. Staatsministerium hat ihm einen Urlaub bewilligt.

Badisches Landesbühnen. Als erste Schauspielerdarstellung der Volkshäuser gelangt am Freitag, den 14. Oktober, im Konzerthaus das Schauspiel „Rose Bernd“ von Gerhart Hauptmann zum ersten Male hier zur Aufführung. Paul Schiller erzählt in seinem Buch über den Dichter Leben und Werke, daß dieser die Anregung zu dem Drama im Jahre 1908 unter dem erschütternden Eindruck einer Schwurgerichtsverhandlung empfing, der er in Hirschberg als Geschworener beiwohnte. Hauptmann vollendete mit der Mehrheit der Geschworenen auf Freispruch der wegen Weineid und Kindesmord angeklagten jungen Mutter, einer ledigen Handarbeiterin. — „Rose Bernd“ erschien im Jahre 1904 auf vielen deutschen Bühnen. In der Karlsruher Erstaufführung wird Martha Müller die Titelrolle spielen. Neben ihr wirken in den übrigen Hauptrollen des Stückes Alwine Müller, Feliz Baumhach, Paul Semmede, Hugo Göder, Paul Raschen und Paul Müller. Otto Kienicher führt das Werk in Szene. Die Aufführung beginnt um 7 Uhr.

Aus der Badischen Kunstszene. Der Lesesaal des Kupferstichkabinetts wird nunmehr nach seiner Umordnung vom 18. Oktober an dem Publikum zugänglich gemacht und zwar: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 11—1 und

2—5 Uhr. Der Zugang befindet sich an der linken Seite der Hauptfront neben dem botanischen Garten eine Treppe hoch. Im Lesesaal findet man die Kunstbibliothek, Buch- und Wappensammlungen und Kunstschriftliche. Aus Anlaß der Plastik-Ausstellung findet man zurzeit alle diejenigen Photographien plastischer Werke, die aus Raumangel nicht untergebracht werden konnten. Alles dies kann zu der angelegenen Zeit unentgeltlich besichtigt und studiert werden.

Handelshochschulkurse. Das Wintersemester beginnt am 24. Oktober, die Vortragsliste ist für nächste Woche angekündigt. Wir sind in der Lage, über deren Inhalt heute schon folgendes bekannt zu geben: Professor v. Bederath liest über Einführung in die Volkswirtschaftslehre. In Rechtslehre wird die Vortragsreihe über Bürgerliches Recht, die Oberlandesgerichtsrat Reinhardt angefangen hat, durch Oberlandesgerichtsrat Lebis mit einem Kurs über Sachenrecht fortgesetzt. Außerdem werden wieder bürgerlich-rechtliche Übungen abgehalten. Geheimrat Säuker liest über Englische Geschichte, besonders über die Entwicklung des Nationalreiches. Professor Eitner behandelt als Sondergebiet der Warenherstellung Glas, Keramik und Baumaterialien. In einem Wochenplan von 6 Vorträgen wird vom 28. November bis 3. Dezember Professor Haushofer, München, ausgewählte Fragen der Handels-, Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie besprechen.

Orchesterkonzert des Badischen Landesbühnen. Samstag, 15. Oktober, findet im Konzerthaus ein Orchesterkonzert statt unter der Leitung des Herrn Seiber von der Flöte. Aus dem Programm sei besonders hervorzuheben Schillings Vorspiel zu „Festtag“ Erntefest aus der Oper „Moloch“ unter persönlicher Leitung des Komponisten, Herrn Generalmusikdirektor Professor Dr. Max v. Schillings, Intendant der Berliner Staatsoper. Als weitere Solistin ist Frau Else Obergard aus Kopenhagen verpflichtet, welche Schillings „Glockenlieder“, Griegs „Orchesterlieder“ und die Schlussszene der Brünnhilde aus „Götterdämmerung“ singt. In Karlsruhe zum 1. Male A. Schönbergs „Verklärte Nacht“ für Streichorchester. Die Mitglieder der Theatergemeinde des B.B.B. haben auch zu diesem Konzert ernährte Preise gegen Verzeigung ihrer Mitgliedschaft. Die gesellige Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fr. Müller, Kaiser-Edle Badstraße, Tel. 388.

Freitagskonzert im Stadtpark. Das am Freitag, 14. d. M. nachmittags von 4—7 Uhr stattfindende Konzert wird durch die Feuerwehrcapelle unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Obermusikmeisters A. D. Scholtz, ausgeführt werden. Das Programm sieht u. a. vor: Ouvertüre aus „Troubadour“ von Verdi und aus „Lakmé“, sowie den „Herbstweisen“ Walzer von Waldeufel. Einige genussreiche Stunden dürften den Besuchern des Stadtparks beschieden sein.

Valuta-Bericht vom 12. Oktober
Markkurs in der Schweiz gilt 4.80 Cts. Auszahlung Pol-land notierte 42.20 M per holl. Gulden. Schweiz notierte 28.50 per schw. Fr. England notierte 498 M per Pfd. Sterling. Frank. reich notierte 9.30 M per frz. Fr. Neuyork notierte 180 1/2 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesbühnen vom 12. Oktober 1921
Die wässrige Störung hat nur unbedeutenden Strichregen gebracht. Im allgemeinen bleibt hoher Druck vorherrschend. Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht: Fortdauernd meist heiter, trocken, am Tage mild, vielfach Nebel.

Wassersstand des Rheins
Schaffersheim 44, gef. 11; Reß 145; Nagau 205, gef. 2; Mannheim 171, gef. 3 Zentimeter.

Kleine Nachrichten
Frankfurt a. M. Wegen Brandlegung im Kaiserhofhaus in der Oper in der Nacht zum 28. März hatten sich sechs Angeklagte, die Mitglieder einer anarchistischen Vereinigung waren, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Durch die Tat sollte der Abtransport der Sipo-Mannschaft nach Mitteldeutschland verhindert werden. Das Gericht beurteilte wegen versuchter vorläufiger Brandstiftung drei Angeklagte zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, wegen Beihilfe einen Angeklagten zu einem Jahr, zwei weitere zu je acht Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter, der erkrankt ist, wurde bedingt begnadigt.
Müden. In Wördschardt wurde in einem alten Keller bei Ausgrabungen ein Topf mit Goldmünzen gefunden. Man nimmt an, daß die Münzen in der Schwabenszeit verfertigt worden waren. Sie stellen einen hohen Wert dar.

Vereinsanzeiger
Bei 5 u. mehr Zeilen 1.50 bis 2.00
Bei 1.50 bis 2.00
Werbungsmittel sind unter dieser Rubrik keine Ausnahme.
Belegarten. (Sogialdem. Verein.) Donnerstag den 13. Oktober, abends 8 Uhr. Parteiverammlung im „Röhl“. Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Wohltätigkeitskonzert: „Das Lied von der Glode“. Ein glänzend besuchtes Konzert gab der kath. Männerverein der St. Elisabeth im Mittwochabend in der Festhalle. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Wohltätigkeit. Der Ertrag wird zur Beschaffung der Glode für die Tiefstauden verwendet. Dem auf etwa 350 Stimmen verstärkte gemischte Chor war keine leichte Aufgabe gestellt: „Das Lied von der Glode“ von Andreas Romberg bildete das Programm des Abends. Der gute Verlauf zeigte, daß viel Mühe, Arbeit und Zeit dafür aufgebracht worden war. Mit anerkanntem Eifer und freudiger Begeisterung und hingebender Liebe wurde erfolgreiche Arbeit geleistet. Als Solisten wirkten bekannte hiesige Künstler mit. Fr. Erich Hofmeister und Frau Direkt. Müller sangen mit wohlansprechenden Stimmen und edlem Empfinden. Die Herren Van der Gortom und Eugen Kalmbach gaben ihre Solis mit bestem Können. Den frischen und leichtbeweglichen Chor führte Herr Hauptlehrer Wilhelm Mahler, der sich hier, wie schon früher, als sein empfindender Dirigent und auch als geschickter Dirigent erwies. Er zeigte sich seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen; weshalb er den größten Anteil an dem Erfolg des Abends hatte. Der dramatische Aufbau, sowie die mit dem Werdegang der Glode verknüpften Lebensbilder boten reiche Gelegenheit zu Szenenmalereien und mächtiger melodischer Entfaltung. Dem tüchtigen Dirigenten wurde in Anerkennung seiner Verdienste ein Lorbeerzweig überreicht. Im instrumentalen Teil hatte der Musikverein Harmonie übernommen, der am Anfang unter Rudolphs Leitung die „Egmonts“-Ouvertüre spielte. Der Reichstanzler Dr. Birkh, Staatspräsident Cronl, Finanzminister Köhler und als Vertreter der Kirche der Erzbischof von Freiburg wohnten dem Abend bei.

Durch die hiesige erfolgreiche Aufführung des dramatischen Erntefestes von Wolfgang Amadeus Mozart „Die verkaufte Braut“ unter Zugrundelegung der von dem Mozartforscher Anton Rudolph geschaffenen zeitlichen Erneuerung sind verschiedene große Bühnen mit dem Neugestalt in Fühlung gebracht und Ermutigung des Aufführungsrechtes. Auch ausländische Bühnen haben bereits ausföhrliche Verhandlungen angeknüpft. So die Metropolitanoper in Neuyork. Möge dem Werke überall eine so begeisterte Aufnahme zu teil werden wie in Karlsruhe.

Letzte Nachrichten
Die Schlussrede des Präsidenten

Die Entscheidung angeblich vom Geist der Gerechtigkeit, Unparteilichkeit und Verhältnismäßigkeit getragen

Brno, 12. Okt. Die Tagung des Völkerverbundes über die oberösterreichische Frage ging heute zu Ende. Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Mitglieder das Schlussprotokoll. Heute abend reist ein besonderer Kurier nach Paris ab, um dem Präsidenten des Obersten Rates, Briand, das Gutachten des Völkerverbundes zu überbringen. Am Schluß der letzten Ratssitzung hielt Vicomte D'Estlin, Präsident der Tagung für Oberösterreich, folgende Ansprache:

„Meine Herren! Der Völkerverbund schloß sich glücklich bei der Lösung einer der schwierigsten und berwickeltesten Fragen angelangt zu sein. Er hat, davon bin ich überzeugt, eine der wichtigsten Aufgaben, die ihm je aufgetragen wurden, mit Erfolg durchgeführt. Es ist dies eine entscheidende Stunde im Leben des Völkerverbundes. Gestatten Sie mir bei dieser feierlichen Gelegenheit, im Namen meiner französischen, englischen und italienischen Kollegen, sowie auch in meinem eigenen Namen unserer vier Kollegen aus Belgien, Brasilien, China und Spanien dafür zu danken, daß sie dem Rat ihre wertvolle Hilfe gewährten. Das Ergebnis ihrer Arbeit ist vom Geiste der Gerechtigkeit und hohen Unparteilichkeit erfüllt. — Gleichzeitig kann ich nicht umhin, den ehrenwerten Vertreter, England, Frankreich und Italien meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Sie haben trotz der großen nationalen Interessen, die auf dem Spiele standen, eklatante Beweise ihrer Verhältnismäßigkeit gegeben. Es gelang es uns, eine glückliche Lösung des Problems zu erzielen. — Gestatten Sie mir, im Namen des Rates auch unsern hochverehrten Generalsekretär und seinen Mitarbeitern vom Sekretariat für die wertvolle und unerlässliche Mithilfe bei der Arbeit unserer vier Berichterstatter zu danken. Schließlich bitte ich Sie, meine Herren, meinen persönlichen, tiefgefühlten Dank dafür entgegenzunehmen, daß sie mir die unverdienten Ehre erwiesen, bei diesen denkwürdigen, nimmermehr geschäftlichen Sitzungen über die oberösterreichische Frage zu präsidieren, deren soeben erzielte Lösung nicht verfehlen wird, in hohem Maße zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen.“

Die Streikmänner räufern sich

Breslau, 12. Okt. Die Deutsche Volkspartei richtete an den Reichstanzler Dr. Birkh ein Telegramm, in dem sie vertritt, daß sie jede Maßnahme des Herrn Reichstanzlers zur Erhaltung des ungeteilten Oberösterreichs bei Deutschland unterließe. Ferner telegraphierte sie dem Parteivorstand Dr. Stresemann, daß eine Zusammenarbeit mit der Regierung, die eine Verzögerung Oberösterreichs über sich ergehen lasse, unmöglich sei.

Die Proteste der Berliner Presse gegen den Völkerverbundstreik

Berlin, 13. Okt. (Privattelegramm.) Einmütig erheben sämtliche Blätter stärksten Protest gegen die in Genf gefallene Entscheidung über das Schicksal Oberösterreichs. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Oberösterreich ist politisch wie wirtschaftlich eine unantastbare Einheit und es ist ein Verbrechen an der deutschen wie an der polnischen Bevölkerung des Westmünchengebietes, dieses im Laufe der Geschichte immer zusammengehörig geblieben Gebiet zu zerstückeln. Der Völkerverbund büßt durch sein Eintreten für die Zerrüttung Oberösterreichs den letzten Rest von Ansehen ein, den er in der Welt vielleicht noch besitzt. Meist es dabei, daß der Oberste Rat die bisher kläglichste Auffassung Oberösterreichs anerkennt, so ist die gesamte Weltlage zerklüftet, auf der das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands sich aufbaut. Die Entscheidung über Oberösterreich reißt nicht nur das Kabinett Birkh in den Abgrund, auch die Bildung einer neuen Regierung, mag man sich ihre Zusammensetzung im einzelnen denken wie man will, wird so ganz illusorisch. Und über den Verlust von Oberösterreich droht das ganze Wesen des Staates und des Weltfriedens, aus dem das bewußte deutsche Volk sich nicht mehr herausfinden kann.

Die „Voss. Ztg.“ nennt die Entscheidung über Oberösterreich eine schwere Schandtat für Europa wie überhaupt für die Weltwirtschaft. Die Ansprüche des Wiederaufbaues seien aufs ernste gefährdet, die Hoffnung auf eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse aus tiefster Schicht erschüttert.
Das „Berl. Tagblatt“ bezeichnet die Entscheidung des Völkerverbundes als weltgeschichtlichen Skandal. Der Völkerverbund habe sich mit grenzenloser Oberflächlichkeit und unheilvoller Mißachtung jeglicher wahrer Rechtsideen zum Werkzeug der Gewalttätigen und Antiquarier gemacht.
Der „Vorwärts“ sagt: Wir Deutschen dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß der Friedensvertrag mit dem Teilungsplan des Völkerverbundes nicht erfüllt ist. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die starke Mehrheit der deutschen Arbeiterbevölkerung sind nicht genügend berücksichtigt worden. Verschworen ist die, die von freier Arbeit leben zugunsten derer, die als Landbewohner auf breiter Sohle wohnen, deren Stimmengewicht auf der Waage mit dem Zentimetermaß sorgfältig nachgemessen wurde. Ein neues unerhörtes Unrecht geschieht und es trifft ein wehrloses Volk.

Schriftleitung: Georg Schödlin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Literatur und Letzte Nachrichten Hermann Radek für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Revueleiter Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Gewerkschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Hofstein für den Angehörigen Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Eheschließungen. Wilhelm Knapp von Büding, Lechn. hier, mit Emma Künner von Roderstein. Ernst Weber von Birmensfeld, Kaufm. hier, mit Helga Rupp von Eberbach, Friedrich Andree von Engelfeldt, Oberpost-Direkt., mit Karoline Kober von hier. Gg. Festschl von hier, Juwelier hier, mit Nora Köhler von hier.
Geburten. Elna, Vater Emil Wittmer, Metzger und Wirt, Gisela Angeborg, Vater Erich Buchwald, Fern-Sekt. Anne Ise, Vater Karl Adolph, Bergassessor. Nina India, Vater Frdr. Weik, Buchhalter. Walter Will, Vater Ferd. Gittel, Förstner. Karl Frdr., Vater Karl Wolf, Wirt. Walburga, Vater Christian Palmer, Regierungsapotheker. Gertrud Helena, Vater Theod. Siedemann, Straßen-Schaffner. Jrmgard Auguste Rosa, Vater Gust. Schred, Maschinenmeister. Anna Rosa Elisabeth, Vater Jul. Albach, Steuerassistent. Edith Anna, Vater Ferd. Dais, Kaufm. Erich, Vater Wilh. Reutlinger, Bahnarbeiter. Paul Rudolf, Vater Gg. Schollenberger, Hausdiener. Artur Heinz, Vater Artur Lange, Kaufm. Gisela Johanna, Vater Hermann Forster, Schlosser. Nina, Vater Rud. Friedmann, Zuschläger. Albert, Vater Karl Frdr. Stöfler, Stadtk. Werner Josef, Vater Jul. Köhm, Lechner. Wilhelm, Vater Rich. Marius Siegfried Rupprecht, Vater Pet. Stephan, Wirt. Otto Theodor, Vater Otto Holz, Erbk. Lotkar Karl, Vater Ernst Weimagen, Kaufm. Hans Werner, Vater Frdr. Zeis, Rangierer.

Todesfälle. Karl Friedrich, Bankeigent., ledig, alt 58 Jahre, Frieda Karher, alt 44 Jahre, geistl. Ehefrau von Karl Karher, Eisenbrecher. Jakob Bederer, Ithmacher, Ehemann, alt 76 Jahre. Elna Dais, alt 3 Jahre, Witwe von Max Drais, Kaufm.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landesbühnen

Eine Aufführung von Mozarts „Don Juan“ bildet stets etwas Außerordentliches, und wenn, wie am Sonntag, die erste endgültige Bemerkung einer großen Kraft hinzutritt, kann man mit der Besondereit eines solchen Theaterabends zufrieden sein. Rudolf Wehrach sang zum erstenmal den Don Juan; wie nicht anders zu erwarten, in starker geschlagener und doch feiner Profilierung. Die ungewöhnliche Stimmgebung des Künstlers durchdrang die Regitative und Ensemblestücke mit starkem dramatischem Ausdruck. Er wußte das Ganze in der Gestalt seines „Helden“ zu zentrieren. Dabei blieb er stets innerhalb einer beachtenswerten Zurückhaltung, die ihn dennoch nicht von einem, zuweilen angangenen, stärkeren Ausgehen zurückhalten braucht, wie z. B. in der sehr beifällig aufgenommenen Champagnerarie. Im Ganzen eine Leistung großen künstlerischen Stils. Den eigentlichen Gegenpol der Handlung, die Donna Anna, trat in der feinsten Verklärung der Donna Elvira geistig in der Wirkung vornehmster Tradition und gab zu dem berechtigten Stolz Anlaß, ihre künstlerische Erde am hiesigen Landesbühnen verwirklichen zu dürfen.

Alfred Glas als Leporello gab eine im gefangenen Vortrag wie in der darstellerischen Ausarbeitung gleichermaßen vorzüglich durchgeführte Figur, der sein vornehmer Humor vorzüglich zustatten kann. Franz Schwerdt, in der Haltung auf dem Wege zu der eigentlichen Geldeinstellung des Octavio, schien gefänglich etwas überanstrengt zu sein, was vom Durchscheinen seiner Qualitäten aber nicht zurückhielt. Ein ganz famoseres Mädchen waren Hanna Koberg und Rudolf Wakh-Motta, erstere von echt mozartischer Lebendigkeit. Außerst eindrucksvoll gestaltete Karl Giefen den Komtur. Der Name Cortolegis verbürgt eine musikalische Durchführung erster Art; die Ouvertüre wird ihm keiner so nachmachen. Emil Burkard hatte in ihrer Silhouettenwirkung sehr eindrucksvolle, der Handlung entsprechende Bilder gestellt, in denen der Spielleiter Hans Bujard die Verwickelungen der Vor- und Nachspiele überzeugend entwickeln ließ.

Einbau
u. Stab
abgabe
G. R. S.
Bühnen
Gerne
alle Mitgli
Hand
Das
Die
erschint
Kohl
K
Bri
Bel
Stadt

Herren-Kleidung

Konfektion und Maß

Bevor Sie Anzug, Paletot, Schilfpier, Hose kaufen, wollen Sie unbedingt unser neues Geschäft besuchen; wir leisten das Aeußerste in Preiswürdigkeit. Nicht geringste Kaufnötigung; Schaufenster beachten.

Krause & Baitsch

Waldstraße 11, gegenüber Hildenbrand.

Wasser-Seife tun's nicht

beim Waschen, wenn die Wäsche schnell und doch vollkommen rein, sauber und frisch duftend werden soll. Um das zu erreichen, muß schon

PERSIL

genommen werden! Es ist das anerkannt beste selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!

Ohne Schärfe * mit hohem Fettgehalt * von unübertroffener Wasch- und Bleichkraft * großer Ergiebigkeit und im Gebrauch erwiesener Billigkeit.

Wo andere Waschmittel versagen, wenn es gilt, hartnäckige Flecken zu beseitigen oder noch so schmutzige Wäsche wieder blendendweiß zu machen, da

tut es

Persil spielendleicht ohne Mühe und Anstrengung und mit geringem Kostenaufwand. Machen Sie daher einen Versuch und waschen Sie Ihre nächste Wäsche mit Persil. Sie haben den Nutzen davon! In unbekanntester Güte wieder überall erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der allbekannten „HENKO“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Einkaufsgenossenschaft der Beamten u. Staatsarbeiter in Baden m. b. H.
Sitz Karlsruhe.
Am Donnerstag, den 13. Oktober, Kartoffelabgabe an die Buchstaben K, L, M, N, O, P, Q, R, Verkauf von 8-12 und 2-4 Uhr am alten Bahnhof (Bahnhof).
Weiter wird Führer zum Einschneiden für alle Mitglieder ausgeteilt.

Handels-Hochschulkurse.
Das Wintersemester beginnt am **24. Oktober.**
Die Vortragsliste befindet sich im Druck und erscheint nächste Woche.
Das Kuratorium.

Kohlen- u. Holzhandlung
Farer & Co.
Kohlen G. m. b. H.
Kohlen, Koks, Briketts, Brennholz
Bei größerem Bedarf in Brennholz Sonderangebote.
Stadtbüro Telef. 28 — Lagerbüro Telef. 378.

Damenhemden m. Stickerei v. Mk. 28.75 an Reinkleider von Mk. 29.95 an
Nachjacken, farbig gute Qualität Mk. 42.75
Männerarbeitshemden Mk. 70.—
Knabenhemden und Mädchenhosen in verschiedenen Preisen.
Kinderstrümpfe, schwarz Mk. 15.—
Sportkragen in allen Welten und verschiedenen Farben Mk. 5.95
Damenstrümpfe Mk. 9.95
Elegante Wäsche und Garnituren werden gut und prompt angefertigt.
Stickereien.

Beideck, Wilhelmstr. 13,
parterre, kein Laden.

Kalk-Eier
(durchleuchtet) **2.20**
per Stück Mark
sowie

Butter, Käse
aller Art
Milchzentrale
3 Lauterbergstraße 3.

Darlehen!
Kaufmann sucht per sofort für kurze Zeit gegen große Sicherheit 15 000 Mk. Offerten unter Nr. 6562 an das Volksfreundbüro erbeten.

Tüchtige Maurer und Cementeure
sucht
Baugeschäft Stober
Rüppurrerstraße 13.

Schreiner u. Glaser
für Herstellung von Bilderrahmen, in dauernde, selbständige Stellung gesucht.
Verlag für Volkskunst u. Volksbildung
Richard Reutel, Lehr i. B.

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die **Inserenten des Volksfreund.**

Durlacher Anzeigen.

Zurgemeinde Durlach.
Am Freitag, den 14. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet in der Friedrichshul-Turnhalle für die Alters-Niege Turnen statt. Hierzu laden wir alle älteren Zurgemeinschaften ein, die gewonnen sind an der Alters-Niege teilzunehmen, mit der Bitte um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ein.
6550 Der Turnrat.

Zur Aufklärung!
Es ist niemand von mir beauftragt, meine frühere werke Kundenschaft mit Del zu besuchen. Del ist nur in meinem Laden, Pfingstraße 77, erhältlich.
Aug. Dold, Spezerei- u. Delhandlg.
Durlach, Pfingstraße 77.

frisch eingetroffen!
Kaffee
Bremer halb-und-halb
ohne Preisauflschlag.
Aug. Dold, Spezerei- u. Delhandlg.
Durlach, Pfingstraße 77. 6552

Durlach.
Zeige den Eingang meiner
Herbst- u. Wintermuster
in nur guten Friedens-Qualitäten ergebenst an und halte mich bei Bedarf bestens empfohlen.
Erstklassige Verarbeitung bei mässigen Preisen. 6442
A. Roll
Schneidermeister — Herrenstr. 18.

Baden-Baden.
Käse-Abgabe.
In der städtischen Molkerei, Bahnhofstr. 3, wird, solange Vorrat reicht, Vollmilchquart an die Bevölkerung abgegeben.
2318
Stadt, Milchamt.

Die Marx'sche Geschichts- u. Gesellschafts- u. Staatstheorie
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei vornehme, starke Halbleinbände
Eine auf die neueste Forschung gegründete **großzügige marxistische Soziologie**, wie sie bisher in der Literatur gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten.
Preis des ersten Bandes in Halbleinen gebunden M. 42,50 und Sortimentzuschlag
Bestellschein
Ich bestelle hiermit — Exempl.
Name: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie / 2 Halbleinbände / Preis für den 1. Band M. 42,50 + 20%
Bitte dieses Bestellschein bitten wir anzuschreiben und ausgefüllt sowie unterschrieben im Drucksaalwert einzufenden an:
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 16, Telefon 3701.

Dr. Oetker's
Puddingpulver
 in feinsten Friedensqualität ist wieder überall zu haben. Man achte darauf, daß man die echten Fabrikate mit der Schutzmarke **Oetker's Heilkopf** erhält.

Wo kleidet sich

DED. ELEGANT. HEDD.

Zu mässigen Preisen?

Unsere auf eigener Werkstätte hergestellte Bekleidung ist vollendet in Schnitt und Sitz sowie auch in Verarbeitung.

Grosse Auswahl in **Anzüge Raglan Ulster Beinkleider**

Elegante Jünglings- und Knaben-Bekleidung

Erstklassige Mass-Schneiderei
 Große Auswahl in allen Stoffarten Verkauf auch meterweise

Im **Spezialhaus** für Herren-, Knaben- u. Sport-Bekleidung

Mees & Löwe
 Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 46.

Bad. Landestheater
 Donnerstag, 13. Okt.
 7 bis 10 Uhr. 12. —
 Theatergem. B. V. B.
 Nr. 3101-3500 u. 1-400
Katte.

Städt. Fischhalle
 hinter dem Bierordbad
 heute frisch eingetroffen
la Wildkaninchen
 täglich, Bd. N. 7.50.
Rabeljan, Scheffische, la Büchlinge,
 Max Schäfer. 6542
 Telefon 4707 u. 4680.

Zable hohen Preis
 für Kleider, Schuhe, Wäsche, Möbel, Pfand-schme, Federbetten, Vorhänge,
alte Gebisse, Platin, alte Gold- und Silber-Waren
Frau Pflüger
 Diebstahlstr. 21. 6270
 Die Reinigung der Obstbäume von Misteln bett.

Die Besitzer von Obstbäumen haben ihre von Misteln ergriffenen Bäume im Laufe des Monats November da. Is. zu reinigen. Die Reinigung geschieht, wenn die Mistel an der Spitze eines Astes sitzt, durch Wegschneiden der Spitze, wenn sie dagegen am oberen Teil eines Astes sitzt, dadurch, daß die Mistel mit einem scharfen Messer tief ausgehöhlet und die Schnittfläche sodann mit Steinkohlenteer bestrichen wird.

In den ersten Tagen des Monats Dezember werden wir Nachschau halten lassen, ob diese Anordnung befolgt ist. Wo dies nicht geschehen ist, werden wir die Reinigung auf Kosten der säumigen Beträger lassen. Außerdem haben die Säumigen Beträger auf Grund des § 145, 1 R. St. G. B. und § 58 R. P. O. mit Geldstrafe bis zu 20 M. zu gewärtigen. 2346
 Karlsruhe, den 10. Oktober 1921.
 Bürgermeisteramt.

Mit Wirkung vom 12. Oktober 1921 gelten für den Stadtbezirk Karlsruhe einsehl. der Bezirke folgende mit der Metzger-Zunft vereinbarte Preise:

Rindfleisch je nach Güte mit Knochen	10.-	5.14.-
Rindfleisch je nach Güte ohne Knochen	12.50	17.50
Kuhfleisch ohne Knochen	7.-	8.-
Kuhfleisch je nach Güte mit Knochen	13.-	15.-
Kuhfleisch je nach Güte ohne Knochen	18.-	20.-
Schweinefleisch je nach Güte mit Knochen	18.-	20.-
Schweinefleisch je nach Güte ohne Knochen	10.-	12.-
Lammfleisch	5.-	14.-
Schmalz	18.-	18.-
Frankfurter Leberwurst, angeräuchert	10.-	18.-
Feine Leberwurst, angeräuchert	8.-	8.-
Leberwurst, gewöhnlich	8.-	8.-
Feine Blutwurst	18.-	5.20.-
Bratwurst	18.-	5.20.-
Bratwurst	16.-	16.-
Grubenwurst mit Speck, geräuchert	14.-	14.-
Schmalz, ungeräuchert, weiß u. rot, gewöhnl.	12.-	12.-
Wienerwürstchen	18.-	18.-
Mettwurst	24.-	5.26.-

Karlsruhe, den 12. Oktober 1921. 2347
 Städtische Preisprüfstelle.
 Nachschuß für Fleisch- und Wurstwaren.

Kroko-Elite-Creme
 erhält die farbigen Schuhe in Weichheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. Zu 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Alleinige Hersteller: Rudolf & Nehm, chem. Fabrik, Rastatt. 3241

Ein Wurf gesunde junge **Raninchen** billig abgegeben. 6549
 Marienstr. 23 (Hof). 5430

Theodor Zenker
 Sport-Artikel Umformen alter Hüte
 Kaiserstr. 61 gegenüb. der Hochschule
 Hüte-macherei

Schlafzimmer
 eichen, und eine Kücheneinrichtung, werden für 4525 Mark abgegeben. 6464
Möbelhaus Kahn, Waldstraße 22.

Sennerei

enerei

DIE FÜHRENDE BAYERISCHE TAFEL-MARGARINE

VEREINIGTE MARGARINERWERKE NÜRNBERG
 VORMERCH LANG & SÖHNE VORM. SALES & WOHU

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.
 Sonntag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr
 im oberen Saal des Städtischen Konzerthauses
Öffentliche Frauen-Versammlung
 Referentin:
 Genossin Toni Pfaff, M. d. R., aus München.
 Thema:
„Die Frauen und die Landtagswahlen.“
 Hierzu sind alle Frauen und Mädchen freundlichst eingeladen.
 Freie Ansprache Der Vorstand.

Kind
 6 Wochen alt, Mädchen, wird nur in gute Pflege gegeben, am liebsten auf Land. Adresse mit Nr. 6548 an das Volksfreundbüro.

Haus
 mit sofort bezugsbarer Wohnung in der Durlacherstraße preiswert zu verkaufen. In ertragreichen Durlach, Behrstr. 19, 2. St., rechts. 6541

Einige guterhaltene **Hochzeitsanzüge** preiswert abgegeben.
 Anzeigeb. 6544
 Effenweinstr. 32, 2. St.

Schuhmacher
 Nähmaschine, in gutem Zustande, billig zu verkaufen. 6553
 Durlach, Adlerstr. 22.

Zu kaufen gesucht: **Rhaki-Anzug** mögl. gut erhalt. Angeb. m. Preisangabe unt. Nr. 6560 a. d. Volksfreundbüro erb.

Strickarbeit wird angenommen
 Suisenstr. 91, Stb. III.

Nach 10jähriger hiesiger Tätigkeit in der Allgemein-Praxis ordiniere ich jetzt als **Arzt für Haut- und Geschlechts-Krankheiten.**
 Sprechstunden: 4 1/2-6 1/2 Uhr, Samstags 2-6 1/2 Uhr. Keine Krankenkassen.
 Gartenstrasse 11, III. Fernruf 986.
Dr. Max Gumprich
 früher etatmäßiger Assistenz-Arzt der Univers.-Klinik für Haut- u. Geschlechts-Krankheiten zu Straßburg. 6540

Wurm- u. Brankheiten durch **Naturheilkunde** 20jährige Erfahrungen
Halenkuren Robert Schneider (wissensch. gebildet)
 Karlsruhe Kaiserstrasse 40 Tel. 1741
 Sprechzeit 9 Uhr - 1-4 Uhr.

Färbe zu Hause nur mit **Heitmann's Farben** Marke „Fuchskopf im Stern“ **Einfach-Praktisch-Billig!**
 Erhältlich in Drogeriehandlungen und einschsl. Geschäften 6538

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.
 Ein Waggon **prima Weißkraut**
 ist eingetroffen und werden die Mitglieder ersucht, das bestellte Quantum von morgen ab im Hauptgeschäft resp. in den Vorortverkaufsstellen abzuholen. 6545
 Der Vorstand.

Speditionsgeschäft Eugen von Steffelin
 Transport-Übernahmen und Expeditionen aller Art - Gütersammelverkehr - Zollabfertigung - Versicherungen gegen Transport-Diebstahl u. Feuerschäden.
Internationale Transporte
 Telefon 2 und 432. 6496

Billige Hosen feldgr. und andere Arbeits-hosen, Windjacken, Drillich- u. blaue Leinen-Anzüge, Leberwurst, Knackwürstchen, Gamaschen preiswert abzug. 6546
 Mäler (Laden) Wendelschplatz

Hüte Sport-Artikel Umformen alter Hüte
Mützen Hüte-macherei
Schirme Hut-macherei
Stöcke Hut-macherei

Schlafzimmer
 eichen, und eine Kücheneinrichtung, werden für 4525 Mark abgegeben. 6464
Möbelhaus Kahn, Waldstraße 22.

Tanz-Lehr-Institut
Braunagel Nowacksanlage 13
 Einzelunterricht jederzeit
 Oktober-November
 Beginn neuer Kurse für Vorgeschriftene u. Kurse f. Anfänger. Geß. Anmald. jeders.

Mehrere guterhaltene **Anzüge u. Überzieher** (Häute, ein. Best.-Stücke, auch für Damen, feldgr. Mäntel, Röcke u. Hosen, sowie die. Wäscheutrie u. Schuhwaren billigst abgegeben bei **Anzeigeb. 6548**, Effenweinstr. 32, 2. St.

Baubund-Möbel

Verkauf gegen Barzahlung

in folgender Ausführung den veränderten Verhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt

Verkauf gegen Teilzahlung

bei der gemeinnützigen Kausratsgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22.
 Eßhaus Rondellplatz, Fernsprecher 5157. 6500
 Täglich geöffnet: vormittags 8 bis nachmittags 6 Uhr.